

INFO DIE LINKE.

Kiel, 14. August 2008

SCHLESWIG-HOLSTEIN

INFOBRIEF DER PARTEI DIE LINKE.SCHLESWIG-HOLSTEIN

Mittendrin statt nur dabei

Zwei Monate nach der Wahl ist die anfängliche Euphorie einem geschäftigen Treiben gewichen. Lange hat es in Norderstedt nicht gebraucht, dass die Jubelgesänge über die vier Stadtvertreter-sitze verhalten sind und die Arbeit begann. Schon drei Wochen nach der Wahl sollte die konstituierende Sitzung der Stadtvertretung folgen und noch vor der Sommerpause sollten die ersten Wahlversprechen abgearbeitet sein (Stopp eines Autobahnanschlusses). Dazu kamen ganz profane Probleme wie ein nicht existierendes Fraktionsbüro, die Einstellung eines Fraktionssekretärs, Beschaffung technischer Mittel oder nur die Einrichtung eines Bankkontos.

Heute, gut zwei Monate später, hat der Arbeitsalltag die Fraktion, mittlerweile auf 7 Mitglieder angewachsen, erreicht. In Vordergrund steht die Fort- und Ausbildung der Fraktion. Vor der Wahl bestand die Aufgabe der Partei zu Recht daraus, unangenehme Fragen zu stellen. Nun müssen wir überraschender Weise Antworten geben. Und da liegt der Teufel im Detail. Bei spontanen Aktionen wie „Kein Kind ohne Schultüte“ muss erst einmal geklärt werden, wie viele Kinder denn betroffen sind, damit man den Finanzbedarf überschauen kann. Von einem gehörigen Maß an Unverständnis im Angesicht eines Flächennutzungsplans oder der nicht zu durchschauenden Kameralistik mal völlig abgesehen.

Politischer Alltag in der Kommune, das heißt für alle, Land auf Land ab, zunächst einmal viele Stunden zusätzliche Arbeit, die sich nicht in theoretischen Diskussionen über Möglichkeiten verfangen darf, sondern konkrete Schritte herbeiführen muss.

Die naive Hoffnung unserer Wähler, wir würden alles besser machen, sollten wir zumindest solange es geht, nicht enttäuschen. Und dies schon gar nicht, indem wir uns mit uns selbst beschäftigen, anstatt mit den Sorgen der Bürger.



Die vier Abgeordneten der LINKEN auf der ersten Sitzung der Stadtvertretung in Norderstedt in Fraktionsstärke. Von links: Dr. Norbert Pranzas, Hans-Georg Becker, Harald Köll und Miro Berbig.

Natürlich dürfen wir die innerparteiliche Aufbauarbeit nicht vernachlässigen, die Partei muss wachsen und Strukturen entwickeln, damit sie eine Zukunft hat. Aber, wir haben nun auch, wenn vielleicht hier und da zu früh, eine Verantwortung für unsere Bürger übernommen. Somit muss unsere Partei schon im Teenageralter erwachsen werden, ob es uns gefällt oder nicht.

- Miro Berbig, Fraktionsvorsitzender der LINKEN, Stadtvertretung Norderstedt

Liebe Leserinnen und Leser,

Info DIE LINKE hat für diese Ausgabe die Kreise und Ortsverbände gebeten, uns Berichte zuzusenden, in denen der **Einstieg in die parlamentarische Arbeit in den Kommunen** dargestellt wird. Der nebenstehende Leitartikel aus Norderstedt befasst sich in "typischer Wesie" mit diesem Thema. Weitere Texte findet ihr ab Seite 8.

Das zweite wichtige Thema dieser Ausgabe befasst sich in Vorbereitung auf den Landesparteitag im September mit **grundsätzlichen Erwägungen und Vorstellungen zur Landes- und Kommunalpolitik**.

Edda Lechner für die Redaktion

In dieser Ausgabe:

SEITE 2 - 5

Landespolitische Konzepte von Gösta Beutlion, Björn Radke und Birger Heidtmann

SEITE 6 - 7

Perspektiven linker Kommunalpolitik, Rudi Arendt

SEITE 5 - 7

Berichte der Kreise, Ortsverbände, LAG 'n:

Plön, Kiel, Lauenburg, Segeberg, Ostholstein, Pinneberg, Neumünster, Lübeck

SEITE 13

"Danke Irland" und "Unterfinanzierung der Universitäten"

SEITE 14 - 15

Kreis Stormarn "Begriffsklärung"

SEITE 16

Stellungnahmen Landesvorstand und Landesrat; Workshop "Betrieb u. Gewerkschaft"

Drei Stellungnahmen zur zukünftigen Landespolitik

Für eine neue politische Kultur im Landesverband

Einige Überlegungen vor dem Landesparteitag von Gösta Lorenz Beutin

Angesichts des Landesparteitages am 27. und 28. August sowie rückblickend auf ein Jahr DIE LINKE in Schleswig-Holstein will ich die Gelegenheit ergreifen, einige Überlegungen über die Zeit seit der Parteigründung und die Perspektiven unseres Landesverbandes anzustellen:

Am 2. September hatten wir die Hoffnung, dass die Konflikte aus den "Quellparteien" überwunden würden. Sie hat sich teilweise als Illusion herausgestellt: Noch immer reden wir zu viel über- und zu wenig miteinander. Der parteiinterne Zwist nimmt einen zu großen Stellenwert ein. Die politische Außenwirkung ist zu gering. Der Parteitag wird in dieser Frage die Weichen stellen: Gelingt es, dass wir uns auf inhaltliche Debatten konzentrieren? Können wir einen Landesvorstand zusammensetzen, in dem nicht alle die gleiche Meinung haben, aber darin einig sind, dass wir eine neue politische Kultur in unserem Miteinander brauchen?

Die Ausgangssituation nach den Kommunalwahlen

Die Ausgangssituation ist für DIE LINKE gut: Die Kommunalwahlen waren erfolgreicher, als wir uns das angesichts des Wahlkampfes ausgemalt haben. Wir werden als glaubwürdige Alternative angesehen. Allerdings war das Ergebnis ein enormer Vertrauensvorschuss. Die Wählerinnen und Wähler erwarten nun, dass wir unseren Ankündigungen eine klare Oppositionspolitik folgen lassen, die Alternativen zum neoliberalen Einerlei aufzeigt.

Gesamtgesellschaftlich sind die Bedingungen für uns ebenfalls gut: Das neoliberale Dogma hat bundesweit allein durch die Existenz der LINKEN Brüche bekommen. Und doch hat sich in Deutschland nichts grundlegend an der Situation geändert: Unsere Gesellschaft ist immer noch eine Klassengesellschaft. Die Große Koalition in Berlin betreibt weiter die Politik des Kapitals. Die Agenda 2010 wird von SPD, CDU, Grünen und FDP im Kern nicht in Frage gestellt. Die Große Koalition in Kiel hat in allen politischen Fragen versagt: Kinder-, Familien- und Altersarmut steigen in Schleswig-Holstein, das Bildungssystem ist von den Kindertagesstätten bis zu den Universitäten unterfinanziert, schlecht ausgebaut und leistet der sozialen Auslese Vorschub, demokratische Mitbestimmung wird in allen Bereichen eingeschränkt und Privatisierungen sind angesichts vermeintlicher Sachzwänge an der Tagesordnung.

Doch es gibt deutliche Anzeichen, dass die Menschen die Politik, die ihnen präsentiert wird, die sie aber nicht mitgestalten können, nicht mehr wollen. Die Ergebnisse von Umfragen sind jedoch noch keine reale Bewegung, genauso wenig wie Parteiprogramme. Trotz des Namens decken wir als LINKE nicht die Bandbreite der Linken ab. Deswegen sollte unsere Partei offen sein für außerparlamentarische Bündnisse und Initiativen, für Gewerkschaften, für andere linke Gruppierungen. Wenn wir Stellvertreterpolitik betreiben, parteiintern das hierarchische Prinzip etablieren und von Wahlkampf zu Wahlkampf hasten, werden wir schnell den Fallstricken des parlamentarischen Systems erliegen. Darum sollte DIE LINKE sich als eine "Mitmach-Partei" begreifen, als Teil gesellschaftlicher Gegenmacht, die parteiisch ist für die Beherrschten in dieser Gesellschaft.

Zur Arbeit des Landesvorstandes und den Konflikten im Landesverband

Im Landesvorstand konnten wir den selbst gesteckten Ansprüchen nicht immer gerecht werden. Das erste halbe Jahr war im Landesvorstand von internen Konflikten geprägt, die in der Mitgliedschaft ihre Entsprechung finden. Uns ist es nicht im ausreichenden Maße gelungen, Impulse zu geben. Und die Zuständigkeiten im Landesvorstand sowie die Kommunikation mit den Kreisverbänden waren nicht ausreichend geklärt. Im letzten halben Jahr des Landesvorstands hat sich diese Situation verbessert, einige Vorhaben konnten angeschoben werden und die interne Zusammenarbeit verlief wesentlich solidarischer. Trotzdem war der Landesvorstand teilweise ungerechtfertigten Angriffen ausgesetzt, die bis ins Persönliche gingen und das Engagement der einzelnen Mitglieder in Zweifel zogen, ohne dass die Anklagenden selbst Konstruktives zur Arbeit im Landesverband beigetragen hätten. Aufgabe des Landesparteitages wird es sein, Arbeitsaufträge für den zukünftigen Landesvorstand zu verabschieden. Der neue Landesvorstand sollte für seine Arbeit klare Zuständigkeiten und Schwerpunkte erarbeiten.

Konnte man vorher denken, durch die Kommunalwahlen würden die Streitigkeiten in den Kreisen durch die konkrete Zusammenarbeit überwunden, stellt sich die Situation in einigen Kreisen anders dar: Die Konflikte haben sich zugespitzt und sind zum Teil bewusst in die Öffentlichkeit getragen worden. Gemeinsam ist den Konflikten, dass es in ihnen in der Regel nicht um inhaltliche Differenzen geht, etwa um den zukünftigen Kurs der Partei, sondern um persönliche Animositäten und Verletzungen, die in den Rang einer innerparteilichen Auseinandersetzung erhoben werden bis hin zu Ausschlussverfahren und der Anrufung bürgerlicher Gerichte.

Was ist unsere Perspektive?

Ein Ergebnis des Parteitages sollte der Aufruf sein, im Interesse unserer Ziele diese Art der Auseinandersetzung unverzüglich einzustellen. An ihre Stelle muss die inhaltliche Debatte treten, eine neue Streitkultur über Inhalte und Ziele unserer Partei: Wie soll die Gesellschaft aussehen, die wir gestalten wollen? Welche Schritte in Richtung einer sozialistischen Gesellschaft wollen wir gehen? Wie sehen unsere konkreten Alternativen in Schleswig-Holstein aus? Wie können wir parlamentarische und außerparlamentarische Arbeit wirksam miteinander verbinden?

Der Landesvorstand, die Mitgliedschaft in Kreis- und Ortsverbänden sowie die Arbeitsgemeinschaften werden in der nächsten Zeit ihre Verantwortung verstärkt wahrnehmen müssen. Nicht nur dass wir die kommenden Wahlkämpfe erfolgreich bestreiten. Wir müssen auch unser landespolitisches Profil schärfen und Schwerpunkte für Kampagnen setzen. Innerparteilich sind zentrale Maßnahmen die Gewinnung neuer Mitglieder, die politische Qualifizierung der eigenen Positionen und die Wandlung unserer Mitgliederstruktur durch frauen- und jugendpolitische Kampagnen. Zentrale Schwerpunktthemen wären neben der sozialen Gerechtigkeit etwa: Die Verstärkung unserer bildungspolitischen Arbeit, besonders in den Bereichen KiTas, Schulen und Universitäten. Der Kampf um den Stopp von Privatisierungen und die Rekommunalisierung der öffentlichen

Daseinsvorsorge, aber auch der Kampf gegen Rassismus und Antisemitismus, wie uns die Ereignisse im Kreis Pinneberg gezeigt haben. Und es wäre zu überlegen, ob sich unser Landesverband nicht auch ein starkes energie- und umweltpolitisches Profil geben sollte, das im Gegensatz zu dem der Grünen den sozialen Aspekt betont.

In unserer Programmatik dürfen wir nicht vergessen, dass es uns nicht allein um Korrekturen am Kapitalismus geht, sondern wir ein Projekt der gesellschaftlichen Emanzipation und Demokratisierung verfolgen für eine sozialistische Gesellschaft, die

den Menschen die reale Verfügung über ihre Lebensbedingungen gewährleistet. Wie sehr sie diesem Ziel dienen, daran müssen sich unsere einzelnen Maßnahmen messen lassen. Deshalb stellt sich nicht die Frage des Für oder Wider von Regierungsbeteiligungen, sondern nur die, ob wir mit einer Regierungsbeteiligung einen radikalen Politikwechsel in Richtung unserer Ziele erreichen können. Es bleibt dabei: Wir sind Opposition zu einer menschenverachtenden Gesellschaft, die die globale Ausbeutung aufrechterhält und die Schere zwischen Arm und Reich nicht als Nebenprodukt hervorbringt, sondern als zentrale Voraussetzung in sich trägt.

Die Große Koalition hält im Kern an ihrer neoliberalen Politik fest

Landespolitischen Positionen von Björn Radke

Das Ansehen der schwarz-roten Landesregierung ist auf ein Rekordtief gerutscht. In Scharen sind ihr die WählerInnen davongelaufen. Dies wiegt uns so schwerer, als sich die ökonomischen Rahmenbedingungen in den letzten beiden Jahren deutlich verbessert haben (Abbau der Arbeitslosigkeit und deutlich höheren Steuereinnahmen).

Die große Koalition hat die ihr dadurch zugewachsenen Spielräume allerdings nur begrenzt genutzt und an ihrer Sparpolitik festgehalten, die vor allem die Bediensteten des Landes belastet hat, am Ende aber auch die vielen Menschen in Schleswig-Holstein trifft, bei denen der konjunkturelle Aufschwung nicht angekommen ist.

Mit der sich abzeichnenden Abschwächung der Konjunktur werden sich die Konflikte um haushaltspolitische Prioritäten wieder stärker ausprägen. Zwar waren im letzten Jahr des Konjunkturaufschwungs die Löhne und Gehälter gestiegen - im 1. Quartal 2008 um 2,8%. Die massiven Preissteigerungen, vor allem bei Energie und Lebensmitteln (3,3%) haben den BürgerInnen aber einen Realverlust beim Einkommen beschert. Trotzdem lässt die Landesregierung nicht erkennen, dass sie ihre Politik grundlegend ändern will.

Die Sparmaßnahmen der Landesregierung zur Konsolidierung des Haushalts führen zu einem weiteren Abbau von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung im öffentlichen Dienst und zur Auslagerung von Dienstleistungen.

Ein zentraler Bereich der Privatisierung und der "Verschlangung" des Staates ist die Energieversorgung und der Gesundheitssektor: Der Umbau von öffentlichen in privatkapitalistisch betriebene Krankenhäuser geht weiter. Die geplante Teil-Privatisierung des UKSH zeigt, wohin die Reise geht. Die Gesundheit wird verstärkt dem Markt überantwortet und der Verwertungslogik des Kapitals unterworfen. Die negativen Konsequenzen sind bereits deutlich für die BürgerInnen zu spüren, und auch die Beschäftigten in den Institutionen der öffentlichen und sozialen Dienste sollen sich mit verlängerten Arbeitszeiten, verschlechterten Arbeitsbedingungen und Absenkungen ihrer Arbeitseinkommen abfinden.

Die Landesregierung setzt auf Großprojekte, wie die Fehmarnbelt-Querung. Diese von der dänischen und schleswig-holsteinischen Landesregierung favorisierte feste Querung - geschätzte Baukosten derzeit rund fünf Milliarden Euro mit nach oben offenem Ende - soll den privaten Betreibern jährlich feste Einnahmen garantieren. Im wahrsten Sinne des Wortes eine auf Sand gebaute Option. Dagegen sind für die Bevölkerung keine positiven sozialen und wirtschaftlichen Vorteile erkennbar. Im

Gegenteil: die Auswirkungen auf die Umwelt und die Folgen für den Wirtschaftsfaktor Tourismus wären irreparabel.

DIE LINKE steht auf dem Standpunkt, dass der eingeschlagene Weg der schwarz-roten Landesregierung nicht wegführt von der Überschuldung, sondern nur Mittel umschichtet und das zu Lasten der BürgerInnen. Im strukturschwachen Schleswig-Holstein wichtige Wirtschaftsbereiche durch Privatisierung der öffentlichen Kontrolle und Lenkung zu entziehen und gleichzeitig durch massive Einsparungen den öffentlichen Haushalt zu schwächen, statt durch weitere öffentliche Investitionen zu stärken, zeigt die Widersprüchlichkeit und Konzeptionslosigkeit der Politik der Großen Koalition.

DIE LINKE tritt ein für eine Politik der öffentlichen Investitionen in die zukunftsträchtigen Wirtschaftsfelder. Diese dürfen sich aber nicht auf die Wachstumspotentiale der Hamburger Randgebiete und "Metropol-Region" konzentrieren und dabei den Norden des Landes auf einen "Freizeitpark" reduzieren.

Eine öffentliche Förderung darf es nur für dauerhafte, existenzsichernde, sozialversicherungspflichtige ökologisch verträgliche Arbeitsplätze geben. Das wird auch zu einer Stärkung des Binnenmarktes führen. Da den BürgerInnen das Geld für Konsum fehlt, hat auch der Einzelhandel seit Monaten rückläufige Umsätze. Die Folge: Rückzug des Einzelhandels aus "der Fläche" in weiten Teilen des Landes und Konzentration auf die großen Einzelhandelsketten, die Versorgung der BürgerInnen entfernt sich immer mehr von den Wohnorten.

DIE LINKE lehnt den Kurs ab, die Zukunftsbereiche (Medizintechnik, Bio-technologie, Mikroelektronik, Informationstechnik, Meerestechnik sowie Energie- und Umwelttechnik) durch weitere Umschichtung von Mitteln aus dem Dienstleistungssektor (Kultur, Gesundheit, Schule und Soziales etc.) zu finanzieren, da dies dann wieder erst einmal zu Lasten der BürgerInnen geht.

DIE LINKE in Schleswig-Holstein fordert einen radikalen Politikwechsel, der die Wertschöpfungsbasis des Landes stärkt und zugleich auf die Beseitigung der sozialen Spaltung zielt. Dies bedeutet für uns als DIE LINKE zuallererst:

- Wir werden auch in Schleswig-Holstein Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit, Hartz IV und die wachsende Armut auf die Tagesordnung setzen.
- Wir fordern die Aussetzung der Förderung für Großprojekte. Es wird viel Geld in Renommierprojekte gesteckt, das in den Bereichen, die für die wirtschaftliche Zukunft des Landes und seiner sozialen Gestaltung wichtig sind, eingespart werden muss.

- Wir fordern den Stopp des Verkaufs bzw. der Privatisierung von öffentlichen Einrichtungen und Unternehmen.
 - Wir werden jeden Schritt zur Aufhebung des selektiven dreigliedrigen Schulsystems unterstützen. Wir setzen uns grundsätzlich für eine Schule und eine kostenfreie vorschulische Bildung für alle ein. Wir sind nicht einverstanden mit der Rotstiftspolitik in den Bereichen von Kinderbetreuung, Ausbildung, Bildung, Wissenschaft und Kultur.
 - Durch öffentliche Investitionen muss der Wirtschaftskreislauf wieder angekurbelt werden; das stärkt den Binnenhandel. Seit Monaten melden Kleingewerbetreibende rückläufige Umsätze. Die Folge: Der Rückzug des Kleingewerbes aus "der Fläche" in weiten Teilen des Landes zugunsten der großen Einzelhandelsketten und zum Nachteil einer wohnortnahen Versorgung, - das trifft am härtesten die sozial schlecht gestellten Menschen.
 - Dabei verkennen wir nicht die schwierige Haushaltsituation und die hohe Verschuldung und stecken selbstverständlich auch für eine Politik der Vernunft zunächst den Rahmen ab. Eine strukturelle Verbesserung der Haushaltslage erfordert eine ver-

änderte Steuerpolitik auf Bundesebene.

- Bundesweit kämpfen wir ebenso für einen existenzsichernden Mindestlohn, armutsfeste Renten, die Abschaffung von Hartz IV und die unverzügliche Beendigung der Auslandseinsätze der Bundeswehr. DIE LINKE begreift den Kapitalismus nicht als endgültiges Schlusswort der Geschichte.

Wir müssen unsere Willensbildungsstrukturen den veränderten Herausforderungen anpassen, um unsere politisch-programmatischen Ziele und unser politisches Agieren auf Landesebene, Kreistagen und Stadträten aufeinander abzustimmen und auszubauen.

Dies alles erfordert ein koordiniertes politisches Handeln aller Kräfte unserer Partei in Schleswig-Holstein und den solidarischen Streit um Sachthemen, Positionen und den richtigen Weg. Das uns dies alles gelingt, dafür möchte ich als Landessprecher gemeinsam mit einem starken Landesvorstand arbeiten.

Ein paar Argumente gegen den innerparteilichen Stillstand

Welchen Weg geht die Linke in Schleswig-Holstein ?

Von Birger Heidtmann

Schleswig-Holsteins Regierung liegt im politischen Koma. Bereits seit Monaten sind CDU und SPD heillos zerstritten und schleppen sich amtsmüde in Richtung Ende der laufenden Legislaturperiode. Bereits seit längerem stehen die politische Uhren in Kiel still. Das Ansehen der beiden Regierungsparteien ist auf ein Rekordtief gerutscht. Monatelanger Koalitionskrach und eine flächendeckende rigide Sparpolitik auf Kosten der Bürger und der Kommunen, haben das gemeinsame Projekt bereits jetzt als keine zukunftsfähige Konstellation in die Mottenkiste schleswigholsteinischer Politikgeschichte verbannt. Schwarzrot steht vor einem Scherbenhaufen. In dem Artikel von Björn wird die Bindekraft der CDU in das bürgerliche Lager als abnehmend beschrieben. Interessant ist die Frage nach dem eigentlichen Warum.

Die Reallöhne stagnieren seit Jahren

Durch die immer neuen und höheren Belastungen der Bürger und der stetig steigenden Lebenshaltungskosten und der explodierenden Energiepreise befindet sich auch der sich bisher sicher wahnende Mittelstand im sozialen Abwärtstrend. Ein nicht unerheblich großer Teil der konservativen Wählerschaft in Schleswig-Holstein hat der CDU bereits das Vertrauen entzogen, sie büßte bei den Kommunalwahlen im Mai über 12 % ein. Viele ihrer langjährigen Wähler betreten politisches Neuland und gaben ihre Stimme der Linken. Bei ihnen hat sich vielerorts die Ansicht verfestigt ihrer bisherigen Stammpartei die Gefolgschaft zu verweigern, sorgt sie doch durch ihre unsoziale Kahl-schlagpolitik für den eigenen sozialen und gesellschaftlichen Niedergang. Während die Politik von Entlastungen spricht rutschen immer mehr Familien in das gesellschaftliche Aus. Die Anzahl der privat Insolvenzen steigt jährlich auf neue Rekordhöhen. Das soziale Gefüge der Gesellschaft gerät immer schneller ins Trudeln, die Folgen für die Gesellschaft sind in vielerlei Hinsicht nicht mehr kalkulierbar.

Die Energieunternehmen haben bereits angekündigt den Gaspreis im Herbst erneut um bis zu 40% zu erhöhen
 Damit ist der Preis für den Endverbraucher innerhalb von nur 8 Jahren um über 100% gestiegen. Energie wird zum Luxusgut. Gerade kinderreiche Familien, Rentner und die unteren und

mittleren Lohngruppen werden zukünftig kaum noch in der Lage sein diese Preise zu bezahlen. Den Gürtel enger zu schnallen ist für viele kaum noch möglich, sie haben nicht mal mehr die passende Hose dazu. In anderen europäischen Ländern hat die Politik bereits reagiert und die Mineralölsteuer gesenkt und einen Sozialstromtarif eingeführt. Während in Kiel die Debatte über alternative Energien bereits seit längerem ergebnislos vor sich hindümpelt, hat der Verbraucher das Nachsehen. Durch fehlende staatliche Kontrolle ist der Bürger der unternehmerischen Gewinnmaximierung der Energieriesen ausgeliefert und ein Ende der Fahnenstange ist nicht in Sicht.

Die letzten Kommunalwahlen haben bewiesen, das viele Menschen beginnen sich politisch neu zu orientieren

Bundesweit ist die gefühlte Unzufriedenheit der Bürger durch die schwarz - rote Regierung entweder völlig falsch eingeschätzt oder bisher einfach nicht zur Kenntnis genommen worden. Über 70% der Bürger sehen pessimistisch und voller Sorge in die Zukunft. Die über Jahre andauernde Kahl-schlagpolitik von CDU und SPD hat bundesweit aber auch zu einer kontinuierlichen Wählerwanderung nach Links gesorgt. Nach dem sich die SPD als Partei der kleinen Leute selbst disqualifiziert hat, sind die Chancen der Linken selbst in einem so konservativen Land wie Schleswig Holstein gewachsen. Ein Einzug in das Landesparlament erscheint durch aus möglich. Bis dahin hat der Landesverband der Linken allerdings noch so manche innerparteiliche Hürde zu nehmen.

Der Landesverband der Linken

wird im Herbst unter anderem die Aufgabe haben richtungsweisend darauf hinzuwirken, die politische Qualität und Handlungsfähigkeit den politischen Herausforderungen der Zukunft anzupassen. Dazu möchte ich noch einige Ergänzungen in die Debatte geben.

Nach dem guten Kommunalwahlkampfresultat sind die Erwartungen an die Linke in Schleswig-Holstein gewachsen. Die realpolitischen Anforderungen der parlamentarischen Arbeit in der Bürgerschaft, den Kreistagen und Gemeinderäten verlangen von den neugewählten Mandatsträgern der Partei spä-

testens von nun an inhaltliche Sachkompetenz und politische Substanz. In Zukunft wird die Linke einem direkten Vergleich mit den anderen Parteien standhalten müssen. Es gilt für sie nun machbare politische und parlamentarisch verwertbare Alternativen zu entwickeln. An deren Schaffung wird der neu zu wählende Landesvorstand einen nicht unerheblichen Anteil haben. Um politisch handlungsfähig zu sein, braucht die Partei einen kompetenten und fachlich versierten Landesvorstand. Während des Kommunalwahlkampfes hat der jetzige Landesvorstand leider keine wirklich spürbaren und substanziellen Impulse abgeben können. Zu groß waren das Misstrauen, die interne Blockbildung und die jeweils unterschiedlichen politischen Motivation seiner Mitglieder. Das Gremium war praktisch lahmgelegt. Viele Kreisverbände waren dadurch während des Wahlkampfes auf sich allein gestellt. Umso höher ist deren Erfolg und das unter diesen Umständen erzielte Ergebnis zu bewerten.

Der Landesparteitag im Herbst

hat die große Chance am politische Image der Partei zu feilen. Ein dafür auf den Weg gebrachtes landespolitisches Eckpunkte Papier erscheint mir in Anbetracht der nahenden Landtagswahlen 2010 als durchaus angebracht. In den Köpfen vieler Schleswig-Holsteiner ist mit der Linken noch keinerlei politisches Profil manifestiert. Die Wahrnehmung als reine Protestpartei gehört zwar größtenteils der Vergangenheit an, die Unsicherheiten im Umgang mit der Linken, im ganz Allgemeinen, sind vielerorts dennoch geblieben. Um so dringlicher bedarf die Partei eines aussagekräftigen Landesprogramms, das die Menschen nicht nur anspricht und zu überzeugen vermag, sondern auch den politischen Anforderungen der parlamentarischen Arbeit gerecht wird. Einen ersten Schritt würde sicherlich ein durch die Mehrheit des Landesparteitages verabschiedetes Eckpunktepapier darstellen. Auf diesem Wege würde nicht nur ein positives politisches Signal in die eigenen Reihen gesandt, sondern auch eine erste ernstzunehmende Kampfansage in die Richtung der schwarz-roten Landesregierung geschickt.

Der Landesverband der Linken ist vielerorts im realpolitischen Leben angekommen.

Allerdings erscheinen viele der bisher liebgewonnenen Vorgehensweisen nicht immer zielgerichtet und den neuen parteipolitischen Anforderungen noch nicht optimal angepasst. Wie Björn bereits erwähnte erscheint die Mitglieder- und Sympathisantbetreuung mit Schulungs- und Informationsmaterial, sowie mit Debattenbeiträgen und politischen Ausarbeitungen der Landes- und Kreisgremien bisher eher sporadisch zu erfolgen. Ich möchte das Augenmerk daher auf einige weitere Punkte lenken.

Die Beobachtung und inhaltlich fundierte Kommentierung und Analyse

der tagespolitischen Geschehnisse im Land muss deutlich mehr in den Vordergrund gerückt werden, als es bisher der Fall war. Die Außerstellung und die damit verbundene Pressearbeit hinkt den notwendigen Ansprüchen und politischen Gegebenheiten bisher hinterher. So nimmt zwar der Kampf gegen Rechts

einen fast allgegenwärtigen Raum in den kurzen Erklärungen und Statements der jetzigen Landesführung ein und man wird nicht müde gebetsmühlenartig die Solidarität untereinander zu beschwören, einem nutzbringenden landespolitischen Profil wird in Zukunft aber sich etwas mehr abverlangt werden müssen. Insofern wäre die Schaffung eines adäquaten Pressereferats bzw. die Arbeit eines landespolitischen Sprechers für die Partei ein enormer Zugewinn. Wie bereits erwähnt hat das gute Kommunalwahlergebnis die Anforderungen an die Kreisverbände und den Landesverband proportional anwachsen lassen. Um so wertvoller wird in Zukunft eine regelmäßige Ab- und Aussprache zwischen der Landesführung und der jeweiligen Fraktionen vor Ort sein.

Hilfreich und politisch zweckdienlich wird ohne Frage auch die intensivere Annäherung und Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften vor Ort sein.

Viele Gewerkschaftler haben sich bereits inhaltlich von der SPD verabschiedet, verhalten sich aber auf Grund der zum Teil chaotischen und unattraktiven Zustände innerhalb der Landespartei der Linken bisher eher abwartend und skeptisch. Allerdings ohne eine gut koordinierte und effiziente Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und den Betriebsräten wird es der Linken kaum gelingen flächendeckend in die Betriebe hineinzuwirken. In sofern erscheint es sinnvoll den Ausbau der parteiinternen LAG Betrieb und Gewerkschaft flächendeckend voranzutreiben.

In den nächsten 2 Jahren wird dem Landesverband der Linken ein Wahlmarathon bevorstehen. Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen senden bereits ihre Schatten voraus.

In den nächsten 2 Jahren wird dem Landesverband der Linken ein Wahlmarathon bevorstehen. Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen senden bereits ihre Schatten voraus.

Nur eine in sich gefestigte und fachlich versierte Landesführung wird die anstehenden Wahlkämpfe gut vorbereiten und damit auch meistern können. In sofern hat der Landesparteitag die große Chance, wenn nicht die Pflicht, die fachliche Kompetenz, den politischen Sachverstand und das damit verbundene politische Geschick der Bewerber zu den Hauptauswahlindikatoren bei der Wahl zu einer neuen Landesführung zu machen. „Kritik ist heilsam und notwendig!“ hatte der Reichstagsabgeordnete Otto Wels, (SPD) als letzter freier Redner des Reichstages den Nazis 1933 vor der Abstimmung zum Ermächtigungsgesetz mutig entgegengeworfen, bevor ihm und seinen Parteigenossen 12 Jahre lang Verfolgung und KZ bevorstand. Der Umgang mit Kritik und die damit verbundene selbstkritische Reflexion der eigenen politischen Arbeit sind nicht nur eine nötige Voraussetzung für die effektive Arbeit einer gut funktionierenden Landesführung, sondern sie sind auch ein Muss in jedem demokratisch gewählten Gremium. Die Ansichten Andersdenkender auszublenden oder gar als Diffamierung zu brandmarken, sollte gerade in der Partei „Die Linke“ dem politischen Stil einer längst vergangenen Ära angehören. Nur eine in sich lernende und sich stetig weiter entwickelnde Partei wird in der Lage sein die bisherige Komparatenrolle auf der landespolitischen Bühne abzustreifen. Der Linken in Schleswig-Holstein ist eine zukünftige Hauptrolle durchaus zu zutrauen. Bleibt zu hoffen, dass ihre neuwählenden Akteure das Stück beherrschen und das Drehbuch gelesen haben.



Perspektiven und Probleme linker Kommunalpolitik in Schleswig-Holstein

am Beispiel des Kreises Pinneberg - Vorschläge für die weitere Arbeit

Die Linke in Schleswig-Holstein ist durch die Kommunalwahlen 2008 in allen kreisfreien Städten und Landkreisen, in einigen Städten/Gemeinden (Z.B. Wedel, Preetz) mit insgesamt 55 Mandaten, sowie Ortsbeiräten (Kiel 15 Mandate) vertreten. Die Gründe für dieses Ergebnis sind nicht einfach zu ermitteln. Zur Erklärung spricht viel dafür, dass

1. durch eine Konsenspolitik der großen Parteien wenig Reibungspunkte vor Ort zu erkennen waren,
2. daher Wählerentscheidungen bei kommunalen Wahlen mittlerweile zunehmend nach Bundestrend ausfallen,
3. eine niedrige Wahlbeteiligung auf der einen Seite,
4. durch den Wegfall der 5% Klausel auf der anderen Seite ein Mobilisierungseffekt für die kleinen Parteien, aber auch Wählergemeinschaften eintrat.
5. ein engagierter Wahlkampf von Personen vor Ort Ergebnisse über dem Durchschnitt begründen kann, aber noch nachgewiesen werden müsste (auch für Helgoland), kann aber den einen oder anderen Prozentpunkt mehr bedeuten.

Gerade die Partei DIE LINKE hat mit ihren Wahlkampfthemen und ihrer Öffentlichkeitsarbeit bzw. Plakatierungen bei der Wahlentscheidung den Bundestrend bedient. Das war sicher hilfreich für das Ergebnis, stellt aber die gewählten Vertreter vor das Problem, damit konkrete Kommunalpolitik zu entwickeln.

Das Kreiswahlergebnis in Pinneberg

Die Kandidatenaufstellung für offene Listen und damit diskutierte Formen der Zusammenarbeit mit der DKP fielen zeitlich in das von „panorama“ veröffentlichte Interview mit der niedersächsischen Landtagsabgeordneten Christel Wegner (DKP). Im Kreis Pinneberg ergab sich dadurch die Situation, dass auf Kreisebene eine offene Liste mit Mitgliedern der DKP, aber in der Konsequenz auch Vertreter außerparlamentarischer linker Kräfte nicht kandidieren durften und/oder wollten, in der Stadt Wedel aber kandidierten.

Auf Kreisebene erreichte DIE LINKE dann 5,8 % und in Wedel 8,4%. Wobei die hier kandidierenden Mitglieder der DKP sind zum Teil auch vor Ort bekannte

langjährig kommunalpolitisch tätige Personen sind. Die Ergebnisse auf Kreisebene sind im Hamburger Umland mit das schlechteste Ergebnis. Daraus ist aber nicht ableitbar, welchen Einfluss der Streit um die Kandidatur von DKP-Mitgliedern hatte. Auf jeden Fall den, dass zwei Wahlkreise nicht besetzt werden konnten.

Auffällig ist auch, dass in der Stadt Elmshorn, in der wenig direkt mit der Partei DIE LINKE verbundener Wahlkampf stattfand, das drittbeste Ergebnis (nach Barmstedt 9% und Wedel 8,5%) in den Kreiswahlbezirken erreicht wurde. Was die Frage, aufwirft, ob die Partei aufgrund konkreter kommunalpolitischer Themen gewählt wurde, oder was die Motive der



Wahl wirklich waren. Es gibt aber jetzt im Kreis sechs Mandate (drei im Kreistag, drei in Wedel), die allerdings aus sehr gegensätzlicher „Kandidatenfindung“ hervorgegangen sind.

Das Wahlergebnis des Wahlbezirks Helgoland ist für die DIE LINKE mit 17,3 Prozent auf den ersten Blick hervorragend, auf den zweiten Blick mehr als eine Halbierung der Stimmen für den früher direkt für die SPD gewählten Hans Hinrich Stühmer und auch eher ein Personenwahlergebnis. Ein sehr gutes Ergebnis erzielt die Barmstedter Linke Liste kommunal mit 20,7%. Im Zuge der Auseinandersetzung über die Frage der Offenen Listen und der Kandidatur von DKP-Mitgliedern zog die BALL allerdings ihre Kandidaten von der Kreiswahlliste der Partei DIE LINKE zurück. Auch hier wird es eher schwierig werden, gemeinsam Politik zu entwickeln.

Hervorzuheben bleibt, dass das Kommunalwahlprogramm von den besetzten Themen umfangreich ist und einen qualitativen Sprung für linke Politik im Kreis Pinneberg darstellt. Es kam auch zustan-

de, weil relativ Viele mitdiskutierten. Nach erstem Eindruck spielte es aber im Wahlkampf eine eher untergeordnete Rolle. Dennoch kann dieses Programm und sollte es als Grundlage zukünftiger Kommunalpolitik genutzt werden. Es hätte die Legitimation eines offenen Projektes, u. a. weil es im Diskurs der Bildung einer offenen Liste entstanden ist.

Trotzdem stellt für die Partei DIE LINKE das Fehlen empirische Grundlagen zur Begründung konkreter Kommunalpolitik ein großes Manko dar. Die unterschiedlichsten Interpretationen des Wahlergebnisses sind ein Beleg dafür, dass das unbestreitbare Eigenleben von Parteien eben nicht mit der Gesellschaft verbunden ist. Nimmt man einfach den Umstand, dass

durch die Zunahme der Wahlberechtigten (Absenkung des Wahlalters, Änderung des Einbürgerungsrechtes), viele dieser Neuwähler eben nicht von ihrem Abstimmungsrecht Gebrauch gemacht haben.

Das Verhältnis von Mandatsträger, Partei und Gesellschaft

Das Verfahren der freien, gleichen und geheimen Wahl sorgt dafür, dass die ganz auf sich gestellte, Person (der Wähler) dem ganzen Komplex des Politischen gegenübersteht, und zwar als dessen Richter. Allerdings wird sie dabei gezwungen, den ebenfalls umfangreichen Komplex ihrer eigenen Meinung, Hoffnungen und Bestrebungen zu reduzieren auf das, was zur Wahl steht, ausschließlich dazu und ausschließlich im engen Rahmen einer Ja/Nein Logik kann sich die Person entscheidend verhalten. Das Individuum, die einzelne wählende Person findet den Ausdruck ihrer absoluten Freiheit in der geheimen, auf Ja/Nein reduzierten Wahlentscheidung und verliert ihn sofort wieder durch die Zusammenfassung der Einzelentscheidungen als sogenannten „Wählerwillen“. Für den konkreten Wähler ist eine weitere Einflussnahme, wie seine Entscheidung dann von den Subjekten im politischen Feld interpretiert wird, vollendet unerreichbar. In der politischen Ordnung der BRD geht es bei Wahlen bisher fast ausschließlich um die Bestimmung des Personals für Vertretungskörperschaften, erst in den letzten Jahrzehnten kommen auch Volksgesetzgebung und Volksentscheid stärker ins Spiel.

In dieser Ordnung kommt den Parteien die Präsentation der Kandidaten zu. War-

um können dies die Wähler nicht ad hoc selber machen? Der Zusammenhang einer Wählerversammlung ist notwendig regional, er ist gebietlich begrenzt und sachlich durch die unmittelbare Erfahrung der Wähler. Solche Versammlungen sind also gleichzeitig zu beschränkt und zu komplex.

Die Parteien leisten einen Prozess der Auswahl von Handlungsoptionen, von denen sie beanspruchen, dass sie „politikfähig“, d.h. im politischen System möglich, und „mehrheitsfähig“ d.h. in einer gesellschaftlich durchgezogenen Ja/Nein Entscheidung akzeptabel seien. Aus diesem Grund ist für Parteien die Wahlbeteiligung so wichtig. Letztlich kommt es der Partei zu, die Kandidaten für die Vertretungskörperschaften einer Vorauswahl zu unterziehen und dem Gericht der Wählerschaft auszusetzen. Die Partei gewinnt, wenn ihre Kandidaten gewinnen. Aber: von dieser Sekunde sind diese für die Partei verloren. Der Wahlakt transferiert sie in einen anderen systemischen Zusammenhang. Sie sind jetzt z.B. Parlamentarier.

Ihr Verhalten wird nicht mehr durch die Mehrheiten gesteuert, die für ihre Aufstellung gesorgt haben, und auch nicht durch die Wählermenge, die sie gewählt hat. Steuernd wirken jetzt die Mehrheiten in dem Gremium (z.B. Fraktion, aber auch Ratssitzung, Ausschüsse), dass sie bilden, und die institutionellen Regeln (z.B. Fraktionssitzung, Fraktionsdisziplin, aber auch Gemeindeordnung, Ratsordnung), die dessen Funktion regulieren. Linke Kommunalpolitik steht vom Anspruch her mehr als andere vor dem Problem, diese Mechanismen von Macht zu durchkreuzen und sich mit der Gesellschaft zu verbinden.

Dazu ist ein pluralistisches, kritisches und vor allem basisorientiertes Partei-Modell der Linken unerlässlich, das eben Menschen umfasst, die sich als „Gewerkschafter, Sozialisten, Kommunisten, Parteilose und Vertreter der außerparlamentarischen Bewegungen“ verstehen und partizipativ und nicht stellvertretend handeln. Die Linke kann unseres Erachtens überhaupt nur zu einem Faktor der politischen Veränderung werden, wenn sie unterschiedliche politische Ansätze und Ideen zulässt, sie diskutiert und in der Praxis erprobt, in der sich deren Brauchbarkeit herausstellt.

Feldforschung und Soziologie als Gesellschaftskritik

1993 veröffentlichte der französische Soziologe Pierre Bourdieu seine umfangreiche Studie „La misere du monde“ (dt. „Das Elend der Welt“). Mit umfangrei-

chen Interviews mit Menschen aus unterschiedlichen sozialen Schichten hatte Bourdieu damals zusammen mit seinen Forscherkollegen ein Abbild der Verhältnisse in der französischen Gesellschaft geschaffen, die auf sehr viel Aufmerksamkeit stieß.

Inspiziert durch Bourdieu, haben die Soziologen Kristina Schulz und Franz Schultheis als Herausgeber den Versuch unternommen, etwas Ähnliches für die Bundesrepublik zu schaffen. Die Studie trägt den Titel „Gesellschaft mit begrenzter Haftung“ und basiert auf der koordinierten Interview-Arbeit von 30 Forschern in den Jahren 2002 und 2003. Entstanden sind dabei etwa 50 Lebensgeschichten aus Deutschland, die einen nachdrücklichen Eindruck von den Veränderungen in der Gesellschaft der Bundesrepublik hinterlassen.

Beschrieben werden der grundlegende Wandel beim Staturerhalt, der Statussicherung und der Abstiegsvermeidung hin zu Lebens- und Arbeitsverhältnissen, die bestenfalls nur noch materielle Grundsicherung bereithalten. Die Arbeitswelt wird als brüchiger, prekärer und ungewisser erlebt. Die Interviews bringen diesen Sachverhalt zum Ausdruck. Sie gruppieren sich um fünf Schwerpunktthemen: Wandel der Arbeitswelt, Veränderungen in Ostdeutschland nach der deutsch-deutschen Vereinigung, Erziehung und Bildung, „Sinnstifter“ und Menschen, die an den Rändern der gesellschaftlichen Mitte leben.

Regionale Forschungsvorhaben als Methode der Feldforschung zur Unterstützung linker Kommunalpolitik

Vorgeschlagen werden soll hier ein Projekt, dass es möglich macht mit der Methode der Feldforschung (interviewtechnik) regionale Forschungsvorhaben zu ermöglichen, die eine wissenschaftliche Grundlage für kritische und linke Kommunalpolitik schafft. Ein solches Projekt könnte in Kooperation mit Gewerkschaften vor Ort umgesetzt werden, und hätte gleichzeitig den Vorteil der Bündnispolitik. Es geht dabei um konkrete Fragestellungen, mit denen sich an Studierende in Hamburg bzw. Kiel gewendet werden soll. Und die dann in Kooperation mit den Auftraggebern umgesetzt werden. Die Ergebnisse könnten dann in öffentlichen Diskussionsrunden mit den Beteiligten Akteuren vorgestellt und diskutiert werden. Auch eine Möglichkeit, damit sich andere politische Kräfte darauf stützen können. Und es wäre ein Verfahren, dass Chancen der Bürgerbeteiligung enthielte.

Die angeführte Studie „Gesellschaft mit begrenzter Haftung“ hat das Anliegen, mit den klassischen Mitteln der verstehenden Soziologie nach der Methode Pierre Bourdieus Gesellschaftsdiagnose zu betreiben. Das heißt Fragen von gesamtgesellschaftlicher (der Vorschlag ist hier: auch regionaler) Tragweite mit Methoden qualitativer Sozialforschung anzugehen und über die alltagsweltlichen Erfahrungen und subjektiven Perspektiven und Deutungsmuster von Gesprächspartnern Zeugnisse einzuholen. Diese dann aber mit Mitteln makrosoziologischer und soziokultureller Rahmungen über die Sphäre von Einzelschicksalen und Sonderfällen herauszulösen und für eine Sozioanalyse der Gegenwartsgesellschaft zu vermitteln.

Es ging zwar bei der angeführten Studie nicht allein darum, das Gespräch mit Mitmenschen unterschiedlichster Lage und Herkunft zu suchen und jenen eine Stimme zu geben, Gehör zu verschaffen bzw. die Feder zu leihen, die normalerweise nicht zu Wort kommen, nicht gehört und erst recht nicht gelesen werden. Dieses wäre aber bei dem hier skizzierten Vorschlag schon ein Schwerpunkt und würde für den Versuch stehen, gesellschaftliche Mehrheiten von Kritik in den konkreten Fragestellungen sichtbar zu machen.

Kreisweite Foren linker Kommunalpolitik

Auf Kreisebene empfiehlt es sich in einem Forum linker Kommunalpolitik zusammen mit unseren Mandatsträgern, Mitgliedern und Sympathisanten der Linkspartei, anderen Linken, Vertretern sozialer Bewegungen, Gewerkschaftern und Interessierten unabhängig von Parteizugehörigkeit diese Fragen zu erarbeiten und zusammen mit Studierenden (Wissenschaft) die Forschung und öffentliche Diskussion durchzuführen. Ein erster Schritt wäre unser gutes Kommunalwahlprogramm auf die Einzelthemen vor Ort herunterzubrechen, die unmittelbar, mittel- und langfristig entwickelt, begleitet, bearbeitet, angeboten und umgesetzt werden können.

Eine solidarische Zusammenarbeit der Linken im Kreis muss dringend entwickelt, bzw. verbessert werden, soll sich der kommunalpolitische Wählerfolg nicht allzu bald in Luft auflösen. Wir appellieren deshalb dafür unsere facettenreiche Linke im Kreis Pinneberg aber auch in den anderen Kreisen anzusprechen und zum Mitmachen zu bewegen.

- DIE LINKE, BO Elmshorn,
Rudi Arnedt

Aus den Kreisen, Ortsverbänden und Landesarbeitsgemeinschaften

Meinungen und Berichte

Kreis Plön

Weitere Belastungen für Versicherte, Patienten und Krankenhauspersonal

Stellungnahme zu den Sanierungsplänen für das UKSH und den Beschlüssen der Gesundheitsministerkonferenz in Plön.

Die meisten Kliniken im Land benötigen eine sofortige Nothilfe. Für eine ausreichende Versorgung aller Kranken bedarf es umgehend mehr Mittel für den stationären Bereich. Die inzwischen nicht mehr erträglichen Arbeitsbedingungen der Beschäftigten können nur über entsprechende Entlastungsmaßnahmen wieder ein wenig menschengerechter gestaltet werden und damit auch den Patienten in den Krankenhäusern zugute kommen.

Der Plöner Kompromiss greift leider viel zu kurz, obwohl zumindest verhindert wurde, dass mit Ul-la Schmidts Forderung nach einer festen Investitionspauschale die monistische Finanzierung durch die Hintertür eingeführt wird. Dies würde zwar die Finanzlage mancher Häuser verbessern, Investitionen wären jedoch nur noch über die Beiträge der gesetzlich Versicherten möglich und nicht über das Steueraufkommen der gesamten Bevölkerung. Zu kritisieren ist, dass der Abschlag, den die Krankenhäuser in Höhe von 0,5% zur Sanierung der Krankenkassen zahlen, erst ab 2009 entfallen soll und nicht sofort.

Die Linke fordert nicht nur eine "angemessene Erstattung" der Tarifsteigerungen, wie von den Ministern unkonkret formuliert, sondern eine ausreichende Erstattung der Lohn- und Gehaltssteigerungen und ihre Herausnahme aus der Budget-Deckelung. Der Bund ist gefordert, damit die dringlich notwendigen Investitionen in den Kliniken bezahlt werden können.

Auch der zeitgleich zur GMK vorgelegte und vom Kabinett abgesegnete "Sanierungsplan" des UKSH lässt nichts Gutes hoffen.



Im Rahmen einer "Sommertour" vom 15. - 28. Juli 2008 besuchte der MdB der LINKEN, Lutz Heilmann, 13 Orte, Kreise, Inseln und Marktplätze in Schleswig-Holstein. Foto: am Info-Stand in Plön mit Hans-Jürgen Schulze.

Der Investitionsstau soll durch Öffentlich-Private-Partnerschaften finanziert werden und wird von der Landesregierung als Mittel und Möglichkeit verkauft, den so genannten Investitionsstau bei der Errichtung und Bewirtschaftung des UKSH zu beseitigen. Bei solchen Modellen handelt es sich in der Regel um den Einstieg privater Konzerne in Infrastrukturbereiche des Staates. Durch die geheimen Verträge mit den "privaten Partnern" verschwindet zudem jegliche Transparenz in der Vergabe öffentlicher Leistungen und das damit im Zusammenhang stehende Vorkreditierungssystem verschlimmert langfristig die Situation öffentlicher Haushalte, während Banken und Kapitalgesellschaften die Gewinne in ihre Kassen spülen.

Die weiteren Allheilmittel der Sanierung werden zum Beispiel in der Verringerung der bisherigen Leistungszentren auf nur zwei, jeweils eins in Kiel und Lübeck gesehen. Eingespart werden soll damit anscheinend die kostenintensive Führungsebene der 15 Zentren. Aus den Chefärzten sollen Klinikunternehmer werden und auch auf Gewinne durch Marketing und bessere Vertriebsstrukturen wird gesetzt.

Die Leistungssteigerungen und die Optimierung der Abläufe ohne eine Er-

höhung der Beschäftigtenzahlen und mit rein ökonomischen Zielen lässt einen weiteren Anstieg der Arbeitsintensität der Beschäftigten vermuten.

Alles in allem ist es wohl zutreffender, von einem Spar- und Rationalisierungspaket als von einer Sanierung zu sprechen. Wobei Konkretes auch weiterhin im Dunkeln bleibt und die Landesregierung sich auch darüber ausschweigt, mit welchen Investitionen und Maßnahmen sich das Land der Verantwortung für die Sicherung der Gesundheitsversorgung stellen will.

- Cornelia Möhring

Kreis Kiel

DIE LINKE.Kiel wählt neuen Kreisvorstand und nominiert Ortsbeiräte

Zum ersten Keisparteitag der LINKEN.Kiel nach der Kommunalwahl am Samstag den 5.7. kamen 63 der mittlerweile 161 Mitglieder in der Jugendherberge in Gaarden zusammen.

Der Kreisvorstand wurde neu gewählt und die 15 Ortsbeiräte der LINKEN nominiert. (Ortsbeiräte sind parlamentarische VertreterInnen der Stadt Kiel in den 15 Stadtteilen. Je nach Wahlergebnis erhielt DIE LINKE 0 bis 3 personell zu besetzende Plätze.)

Außerdem entschied sich der Kreisparteitag für eine strikte Trennung von Amt und Mandat. Neue Kreissprecherin ist die Studentin Meryem Tiras-Deniz (25), die ohne Gegenkandidatin antrat und 87% der Stimmen erhielt. Ebenfalls 87% der Stimmen erhielt der neue Kreissprecher Heinz Wieser (52), der sich gegen Stephan Frey durchsetzte. Als Schatzmeisterin wurde Margot Hein (61) gewählt. Weitere gleichberechtigte Mitglieder des Kreisvorstandes sind Mareike Bahlo (26), Antje Stallmann – Starckjohann (55), Martin Schmielau (30), Hüseyin Kent (52) und Björn Thoroe (23).

Ein Ziel des neuen Kreisvorstandes ist der weitere Parteiaufbau. „Wir werden die Gründung von Ortsverbänden der LIN-

KEN in Kiel vorantreiben und durch Stadtteilarbeit nah an den Menschen sein. So werden wir DIE LINKE zu einer lebendigen Mitgliederpartei machen und noch mehr Mitglieder gewinnen“, so Heinz Wieser. Meryem Tiras – Deniz fordert vor allem Frauen und MigrantInnen auf in der LINKEN mitzuwirken. „DIE LINKE kämpft für die Gleichberechtigung von Frauen und steht für eine fortschrittliche Migrationspolitik. Es ist ein Skandal, dass in Deutschland Frauen in Führungsgremien immer noch unterrepräsentiert sind und für gleiche Arbeiten weniger Geld als Männer erhalten. Außerdem setzen wir uns für gleiche Rechte aller Menschen, die hier leben, ein, egal, ob sie einen Migrationshintergrund haben, die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen oder nicht. Dies war schon immer ein Anspruch sozialistischer Politik.“

Florian Jansen, Fraktionsvorsitzender der LINKEN in der Ratsversammlung äußerte sich zur Nominierung der Ortsbeiräte: „Jetzt können am Montag, den 8.7., auf der außerordentlichen Versammlung des Rates auch die Ortsbeiräte gewählt werden, in der DIE LINKEN bei der Kommunalwahl Sitze erlangten. So können noch alle Ortsbeiräte ihre konstituierende Sitzung vor der Sommerpause abhalten. Durch die Nominierung der Vorschläge auf einem Kreisparteitag haben wir unsere Vorschläge für die Ortsbeiräte auf eine möglichst breite demokratische Basis gestellt.“

- Björn Thoroe, Kreisvorstand Kiel

Kreis Lauenburg

Aktuelle Stunde zur Lauenburgischen Gelehrtenschule

Die Fraktion der Linken hat beim Kreispräsidenten Füllner eine Aktuelle Stunde zum Thema Trägerschaft für die **Lauenburgische Gelehrtenschule** angemeldet. Hintergrund ist die geplante Abgabe der Trägerschaft des Kreises zum 1. August 2009 an die Stadt Ratzeburg.

Die Linke Kreistagsfraktion ist der Auffassung, dass der Schulträger weiterhin der Kreis bleiben muss, weil nur dieser die Aufgaben erfüllen kann, die eine Bildungseinrichtung dieser Größenordnung mit sich bringt. Die Beibehaltung der Trägerschaft muss bis zum 31. August 2008 dem Ministerium für Bildung und Frauen erklärt und somit ein Übergang an die Stadt Ratzeburg verhindert werden. Bei Anmeldung der Aktuellen Stunde wurde

SPD und Grüne trotz guter Ansätze weiterhin in neoliberaler Denkfalle!

Kiel. Kreissprecher/in Meryem Tiras-Deniz und Heinz Wieser zum Kooperationsvertrag von SPD und Grünen:

„Im Kooperationsvertrag von Grünen und SPD sind einige erstrebenswerte Ziele angedacht worden. Ein Kohlekraftwerk in Kiel scheint in den kommenden fünf Jahren keine Mehrheit zu haben, Das begrüßen wir ausdrücklich, ist es doch eine Forderung unseres Kommunalwahlprogramms. Die verkauften KVG - Anteile sollen wieder, auch eine unserer Forderungen, in städtisches Eigentum zurückgeholt werden...“

Beim genaueren Lesen des Papiers fällt allerdings auf, dass viele andere positive Ansätze, wie der Rückkauf der Kieler Stadtwerke oder Kiel als soziale Stadt zu positionieren nur wohlklingende Absichtserklärungen und wage Willensbekundungen sind. Dass die Kooperationspartner alle sozialen Projekte unter Finanzierungsvorbehalt stellen und auf die schwierige Haushaltslage verweisen, macht deutlich, dass sie weiterhin in ihrer neoliberalen Denkfalle stecken. Wir fordern SPD und Grüne auf geeignete Einnahmequellen aufzutun und Druck auf ihre Landes- und Bundesebenen auszuüben, um die Kommunen auf eine lebensfähige finanzielle Grundlage zu stellen.

Ein echter Skandal sind die geplanten 250 neuen 1 - Euro - Jobs für Kiel. Damit wird der unsoziale Kurs der Agenda 2010 fortgesetzt. Hier zeigt sich, dass die HARTZ IV Parteien keinen Weg finden arbeitsmarktpolitische Instrumente zu entwickeln, die den arbeitslosen Menschen in Kiel wirklich helfen. Wir halten 1 - Euro Jobs nach wie vor für Zwangs-

ausdrücklich auf die Dringlichkeit des Themas, wegen dem nahen Fristablauf, hingewiesen.

Die Linke unterstützt ver.di beim Tarifkonflikt Autokraft

Die Linke im Kreis Lauenburg fordert Autokraft auf, endlich im Tarifstreit mit ver.di einzulenken. Es ist unerträglich, dass die Leidtragenden wieder einmal die Schüler, die Eltern und die Pendler sind. Wir fordern die Autokraft auf, dafür Sorge zu Tragen, dass noch vor dem Ende der Sommerferien eine Einigung erreicht wird. Es ist an der Zeit zu handeln und die

arbeit und damit für verfassungswidrig! Außerdem vernichten sie reguläre Arbeitsplätze!

Ebenfalls ein Irrweg sind die geplanten PPP – Projekte. Gewinnorientierte Unternehmen an der kommunalen Daseinsvorsorge zu beteiligen, ist ein weiterer Hinweis darauf, dass es SPD und Grünen immer noch nicht schaffen, sich aus ihrem überholten Denkmuster zu befreien.

Wir treten, wie die Kooperationspartner, für eine Stadtrationalbahn ein, wollen jedoch die Gewinne aus diesem hoch lukrativen Projekt den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt zukommen lassen. Diese Einnahmen brauchen wir dringend in unserem städt. Haushalt und sie gehören nicht in die Taschen privater Finanzjongleure.

Eine erste Nagelprobe hat der Kooperationsvertrag schon auf der ersten Sitzung der Ratsversammlung mit rot-grüner Mehrheit nicht bestanden. Dem Antrag, die Sporthallennutzungsgebühren für Sportvereine abzuschaffen, konnten Grüne und SPD nicht zustimmen, obwohl im Kooperationspapier der Wegfall dieser Gebühren propagiert wird. Der SSW wird sich, auch gerade von seiner Wählerschaft, fragen lassen müssen, ob das die Politik sein soll, die der SSW mittragen will.

Wir werden die neue Ratsmehrheit durch eine konsequent linke Politik unter Druck setzen. Im Rat und insbesondere auf der Straße - gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern Kiels, Vereinen und außerparlamentarischen Initiativen.“ - Homepage, Kreis Kiel

Tarifentwicklung der letzten Jahre rückgängig zu machen.

Es kann nicht angehen, dass viele Mitarbeiter der Autokraft aufgrund ihres niedrigen Einkommens, ergänzende Hilfen zum Leben beantragen müssen, während die Gewinnabführung der Autokraft an die Deutsche Bahn als Konzernmutter von Jahr zu Jahr weiter steigt. Wer arbeitet muss soviel verdienen, dass er eigenständig seinen Lebensunterhalt bestreiten kann.

- Homepage Krs Lauenburg,
3. / 8.8.08

Kreis Segeberg



Ortsverband Segeberg- Wahlstedt-Trappenkamp gegründet

Jetzt hat auch der Kreisverband Segeberg seinen zweiten Ortsverband!

Während des Wahlkampfes wurde in den Gesprächen mit den Bürgern immer deutlicher: Es fehlen Anlaufstellen für interessierte Bürger. Es verfestigte sich in Kreisvorstand schnell die Vorstellung, zusätzliche Ortsverbände im Kreisgebiet zu gründen.

Das Ergebnis der Kommunalwahl, immerhin 7,4% Stimmenanteil für DIE LINKE und vier Mandate im Kreistag, war dann auch der Auslöser für die Vorbereitung zur Gründung eines zusätzlichen Ortsverbandes im Norden des Kreises. Alles Weitere verlief dann auch wie geplant. Auf der Mitgliederversammlung am 21.06.08 hatte der Kreisvorstand die Gründung eines Ortsverbandes in Bad Segeberg empfohlen. Die Versammlung folgte dieser Empfehlung einstimmig und beauftragte Björn Radke und Christian Möller mit den nötigen Vorbereitungen.

Die Gründungsversammlung fand am 23. Juli 2008 in der Mühle statt. Es wurde über die Gründung abgestimmt. Der Beschluss erfolgte einstimmig. Der Ortsverband war damit gegründet, er trägt

den Namen „Bad Segeberg – Wahlstedt – Trappenkamp“.

Als Sprecher des Ortsverbandes kandidierten **Meike Lüdemann** und **Christian Möller** (siehe Foto). Beide wurden bei jeweils einer Enthaltung einstimmig gewählt. Anschließend wurden die organisatorischen Angelegenheiten, wie Erfassung der Mitglieder Daten etc., erledigt.

Inhaltlich will sich der neue Ortsverband vor allem sozialen Themen widmen. In der Gründungsversammlung hatte sich das neue regionale Sozialbündnis vorgestellt, in dem der DGB, Arbeiterwohlfahrt, Sozialverband und Kinderschutzbund aktiv sind. DIE LINKE wird vor Ort unter anderem deren Forderung nach einer warmen Mittagsmahlzeit für alle Schulkinder unterstützen. Auch sollen neue Mitglieder gewonnen und die Strukturen aufgebaut werden. Ein Ziel ist, in fünf Jahren, bei der nächsten Kommunalwahl, zumindest in die „Parlamente“ der größeren Orte des Kreises einzuziehen. Für viele Menschen ist DIE LINKE der Hoffnungsträger!

In einem Interview mit der LN mit Christian Möller ging es um den Vorwurf der politischen „Konkurrenz“, die DIE LINKE immer noch in die Nähe der SED rückt. Dazu sagte Christian: „Ich bin Jahrgang 86, wie soll ich da etwas mit der alten SED zu tun gehabt haben?“

- Hermann Lübbers, Kreistag Segeberg

Kreis Ostholstein

Hagebaumarkt diffamiert Betriebsratsgründung

DIE LINKE fordert den Hagebaumarkt in Eutin auf, sich an die Spielregeln zu halten. Volker Rätzke, Sprecher der LINKEN Ortsgruppe Eutin und Umgebung ist erbost über die Machenschaften einer Unternehmerfamilie, die unfähig ist, Arbeitnehmerrechte anzuerkennen:

Die Auslassung Frau Wiggers, dass ein Betriebsrat „viel Formalismus und lange Entscheidungswege“ bedeuten würde, zeigt ihr demokratisches Unverständnis und wirft seinen Schatten auf den nun stattfindenden Umgang mit ihrem Betriebsrat. Detektive gegen Betriebsräte und Belegschaften zu engagieren sowie Kündigungen auszusprechen, kennen wir ja schon aus der jüngeren Vergangenheit von Firmen wie Lidl und Schlecker. Da ist eine Bekundung, grundsätzlich nichts ge-

gen einen Betriebsrat zu haben allenfalls ein unglaubliches Lippenbekenntnis und einfach durchschaubar!

Familie Wigger will in Deutschland Geschäfte machen und muss erkennen, dass hier ein – aus unserer Sicht sogar viel zu schwaches – Betriebsverfassungsgesetz gilt, an dessen Regeln sich auch ihr Hagebaumarkt in Eutin zu halten hat.

Vernünftige Unternehmer erkennen auch, dass Betriebsräte ebenfalls dem Wohle der Firma verpflichtet sind und allzu oft bei Firmenkrisen die wichtigsten Verbündeten und Berater sind.

Wenn die Familie Wigger sich künftig an die Spielregeln hält, wird sie feststellen, dass der Betriebsrat in Eutin ein Bestandteil des Hagebaumarktes ist. Auf demokratischeren Füßen als die Geschäftsleitung steht er allemal!

- Homepage Ortsverband Eutin
Krs Ostholstein, 17.6.08

Kreis Pinneberg

Zu Risiken und Nebenwirkungen fragen Sie bitte Ihren Arzt oder Apotheker!

Deutsche beim Übergewicht Nummer eins in Europa: „Gesunde Ernährung und Bewegung – Schlüssel für mehr Lebensqualität“

Das von der Bundesregierung erarbeitete Eckpunkte-Programm „Nationaler Aktionsplan zur Prävention von Fehlernährung, Bewegungsmangel, Übergewicht und damit zusammenhängenden Krankheiten.“ ist bei oberflächlicher Betrachtung, ein zu begrüßender Ansatz. Immerhin belaufen sich die Kosten für Ernährungsbedingte Krankheiten auf 30 Prozent aller Gesundheitskosten somit also auf über 70 000 000 000 (in Worten Milliarden) Euro jährlich.

Die federführenden Ministerien Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Horst Seehofer CSU) sowie das Gesundheitsministerium (Ulla Schmidt SPD) haben hierbei allerdings wieder auf konkrete gesetzliche Maßnahmen, Verbote und Haftungen verzichtet. In dem neuseitigen Dokument heißt es, man wolle das Ernährungs- und Bewegungsverhalten der Deutschen nachhaltig verbessern. Aber wie? Etwa wie von der



Mit europäischer Beteiligung plant die Türkei weiterhin den Bau des Ilisu-Staudammes und wird dadurch eine jahrtausende alte kulturelle kurdische Kulturerbe, die Stadt Hasankief am Tigris, zerstören. Dagegen gibt es erneut Protestaktionen, z.B. auch in Rendsburg und Kiel. Wer das unterstützen möchte, wende sich an den Aktionskreis "Stop Ilisu, Rettet Hasankief", c/o Ludger Schulte, infodienst@yahoo.de.

Sprecherin der Grünen gefordert durch ein Werbeverbot für Lebensmittel oder eine von der FDP geforderten höheren Steuer auf zucker- und fettreiche Lebensmittel. Nur mal so nebenbei: Mit einer Kistebacher rette ich den Regenwald.

Das Problem jedoch liegt viel tiefer: Verhaltensprävention, durch körperliche Aktivität, Ernährung der Menschen im Sinne der Gesundheit z. B. schon während der Schwangerschaft, in Kindertagesstätten/Kindergärten, Schulen, Arbeitsplätzen, Freizeiteinrichtungen und in der Familie ist eben auch ein Problem sozialer Unterschiede. Eine Langzeitstudie vom Institut für Humanernährung der Christian Albrechts Universität die seit 16 Jahren in Kiel durchgeführt wird („Kiel Obesity Prevention Study“ kurz KOPS) zeigt deutlich die Abhängigkeit beim Auftreten von Adipositas also Übergewicht und der sozialen Schicht/Herkunft. Ein Beispiel ist hier nur die Häufigkeit von Filialen der Fast Food Ketten in Bezug zum Stadtteil(soziale Brennpunkte).

Also bedarf es weitreichend gefasster Strategien der kommunalen und nationalen Gesundheitsförderung. Strategien die alle Menschen mit Ressourcen ausstattet das Angebot von gesunden Lebensmitteln u. Transportsystemen in Anspruch zu nehmen. Systemen die die Basisqualifikationen wie Kochen, Werken, Handarbeiten wieder in die Familien und Bildungssysteme trägt Strategien auf kommunaler Ebene (Städteplanung-Agrarpolitik).

All dies erfordert auch Lobbyismus und Anwaltschaft. Bürokratische, strukturelle und formelle Barrieren müssen überwunden werden. Erfolgreiche Strategien wahren den Respekt vor dem Mitmenschen. Und dies alles bedingt eben auch, dass wir über Produkthaftung von Lebensmittelherstellern nachdenken müssen die uns mit Zusätzen und Farbstoffen in Ihren

Fertiggerichten eine Vielzahl von Folgeerkrankungen aufzischen. Für die Pharmaindustrie schon das entsprechende Arzneimittel bereithält.

- Warum denken wir nicht darüber nach als Europas größtes Kohlanbaugebiet, dieses unschlagbar gesunde Nahrungsmittel als Marke und Trend einzusetzen.

- Warum wird in so genannten MAE - Maßnahmen (1,50 Euro-Jobber) nicht an junge Familien (die Keimzelle unserer Gesellschaft und der beste Multiplikator) der Spaß z. B. am gesunden Kochen und anderen Fähigkeiten weiter vermittelt? Hier könnten sicher kompetente Partner wie gefunden werden.

- Warum können gesunde Nahrungsmittel aus der Region nicht von der Mehrwertsteuer befreit werden?

Es gibt sicher noch eine Reihe von intelligenten und kreativen Lösungen, die hier Platz haben. Wir müssen es nur wollen, und damit auch schon in den Kommunalparlamenten anfangen.

- Ralf Tiedemann, Kreistag Dithmarschen, Ausschuss für Gesundheit und Soziales

Dem neonazistischen Terror Einhalt gebieten!

Am 15. Juni wurde auf die Jüdische Gemeinde in Pinneberg ein Anschlag verübt. Unbekannte warfen in den Morgenstunden Fensterscheiben ein. In einem Anruf drohte ein Täter dem Leiter der Gemeinde, das könne jederzeit wieder geschehen, die Jüdische Gemeinde würde "nicht mehr zur Ruhe" kommen und beendete das Gespräch mit "Sieg Heil".

Asja Huberty, Sprecherin der Landesarbeitsgemeinschaft "Antifaschismus der Partei DIE LINKE. Schleswig-Holstein" erklärt dazu: "Dieser Vorfall zeigt, dass Neonazis nach wie vor mit terroristischen Mitteln agieren. In Schleswig-Holstein beobachten wir in mehreren Kreisen verstärkte Aktivität von rechts außen, auch unter Anwendung von Gewalt, zumindest aber einen steten Zulauf gerade unter jungen Menschen. Zu einer Bekämpfung von Neofaschismus gehört auch die verstärkte Investition in Jugendarbeit und das Stoppen des Sozialkahlschlags! Alle demokratischen Kräfte sind aufgerufen, sich ihnen in den Weg zu stellen. Staatliche Stellen müssen antifaschistische Initiativen und Aktivitäten fördern und unterstützen. Die sozialen Ursachen des Neofaschismus müssen benannt und bekämpft werden."

Landessprecher Lorenz Gösta Beutin ergänzt: "Rassismus und Antisemitismus gilt es mit allen Mitteln zu bekämpfen. DIE LINKE bleibt dabei: Ein wichtiger Schritt ist das Verbot der NPD und aller anderen neofaschistischen Organisationen. Es ist ein Skandal, dass der Verfassungsschutz Neonazis bezahlt und so die Szene mitfinanziert. Daran ist der letzte Verbotsantrag gescheitert. Der Verfassungsschutz darf nicht länger Neonazis als Informanten in neofaschistischen Organisationen beschäftigen. Die 'V-Leute' müssen abgeschaltet werden."

- Presseerklärung LINKE SH, 20. 6.08

In eigener Sache

Auf der Sitzung des Landesrates am 7. Juni 2008 in Neumünster wurden folgende Anträge, der Redaktion "Info DIE LINKE" mit großer Mehrheit abschiedet:

1. In Umsetzung des Beschlusses des Landesrates vom 12. Januar 2008 beantragen die Unterzeichnenden als Mitglieder der Redaktion "Info DIE LINKE" ernannt zu werden: Edda Lechner, Frank Sommer, Karl-Helmut Lechner.

2. Der Landesrat ernennt Edda Lechner zur Verantwortlichen im Sinne des Preserechts (ViSdP) für die Zeitung "Info DIE LINKE".

3. Der Landesrat beauftragt den Landesvorstand, die Mittel aus dem Etatposten "Publikationen" im Haushaltsjahr 2008 für die Herausgabe von vier Printausgaben (Druck und Versand) und die Tätigkeit der Redaktion zur Verfügung zu stellen. Die konkreten und detaillierten Finanzanträge werden jeweils dem Landesvorstand vorgelegt.

Kreis Neumünster

Am Dienstag, 17.06.08 war die konstituierende Sitzung der Stadtversammlung. Und aus unserer Sicht, haben wir diese erste Sitzung gut überstanden. Erstaunt waren wir allerdings doch, dass die CDU-Fraktion mit einem, mehr schlecht als recht zurechtgestimmten Antrag uns die Arbeit abnahm. Ja, die Aufwandsentschädigungen für Ratsmitglieder werden NICHT erhöht. Zusätzliche Kosten in Höhe von mehr als 20.000 Euro (!) jährlich fallen für die Stadt also nicht an.

Als wir zuvor in den Sondierungsgesprächen mit den großen Fraktionen dieses "heisse" Thema angeschnitten haben, wehte uns noch ein heisser Wind entgegen. Wir sollten uns doch anschauen, was andere Ratsmitglieder in anderen Kreisen und kreisfreien Städten bekämen! Haben wir auch. Wir waren dennoch der Meinung, eine Erhöhung wäre falsch. und wollten einen entsprechenden Antrag stellen.

Umso überraschter waren wir, als die CDU mit ihrer Fraktionsvorsitzenden Frau Sabine Krebs dann doch ein Papier vorlegte, welches forderte, diese Erhöhung zurückzunehmen. Mit einem fast unverständlichen Text, so als hätte man ihn fünf Minuten vor der Sitzung schnell getippt (wer weiß?). Wir denken, es ist nicht überraschend, dass die Erhöhung der Aufwandsentschädigungen schließlich einstimmig (!) abgelehnt wurde und verbuchen das als ersten Erfolg für uns! Oder glaubt ein Bürger ernsthaft, ohne eine Linke im Rat, wäre auch nur ein Ratsherr

So... das war also der "erste Streich" !

oder eine Ratsfrau auf die Idee gekommen, sich nicht mehr Geld in die Taschen zu stecken ?

Auch alle unsere Vorschläge für Ausschussmitglieder und Stadtteilbeiräte wurden einstimmig vom Rat bestätigt. Mit dem Ratsherren... ähm Genossen Papppe haben wir im Ausschuss für Jugendhilfe sogar einen Vorsitz. Das ist freilich kein großer Sieg, aber doch eine Anerkennung: Die Linke ist angekommen, anders als der "Aufschwung" liebe Frau Merkel. Wer also zukünftig in Neumünster Politik machen will, muss rechnen können. Denn wer nicht mit der Linken rechnet, rechnet stets verkehrt.

Das musste wohl oder eher übel auch Frau Sabine Krebs (CDU) anerkennen, als sie "aus Versehen" vergaß, ihren Antrag auch der Linksfraktion vorzulegen. Es ist auch wirklich schwer: Einen Antrag für den Oberbürgermeister, einen für den Stadtpräsidenten (die zwei hatten ihren ja schon...), einen für die FDP (aber die kannten den ja schon...), einen für die Grünen, einen für die SPD, einen für das Protokoll und einen für die Stadtverwaltung... man hätte sich fragen können: Wieso ist eine Kopie übrig? Hat Frau Krebs aber nicht. Diese Denkarbeit hat dann der Stadtpräsident für sie übernehmen müssen: richtig; DIE LINKE hatte keinen bekommen. Hoffen wir, dass die CDU zukünftig besser rechnet. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

- Homepage Krs. Neumünster leicht gekürzt.

Kreis Lübeck

DIE LINKE verärgert über Kritik der GRÜNEN

In der Lübecker Stadtzeitung (Nr. 551, 10.08.2008) haben die Grünen harsche Kritik am Schulbeihilfe-Antrag der Fraktion DIE LINKE geübt. Die Grünen behaupten überheblich, dass DIE LINKE ihren Antrag nicht richtig überdacht hätte. Angeblich hätte die Umsetzung des Antrages zur Folge, dass die bedürftigen Kinder zum Schluss leer ausgingen, weil die ARGE die Beihilfe als Einkommen wieder abgerechnet hätte. Diese Informationen sind sachlich falsch, 28 deutsche Gemeinden haben bereits Schulbeihilfen als zweckgebundene Sonderzuwendung beschlossen, die nicht auf Sozialleistungen angerechnet werden, so DIE LINKE.

„Wir wundern uns schon, ist Rolf Kinkel doch in der Sozialgesetzgebung gut bewandert. Im Sozialgesetzbuch ist klar geregelt: Zweckbestimmte Einnahmen gelten nicht als Einkommen. (SGB II, §3, Abs.1). Zudem haben die Grünen selbst einen ähnlichen Antrag in die Bürgerschaft eingebracht, ihn aber sang und klanglos wieder zurück gezogen,“ so Antje Jansen, Fraktionsvorsitzende der Fraktion DIE LINKE.

„In der amtlichen Bedarfsaufstellung, die den Hartz-IV-Regelleistungen zugrunde liegt, sind keine Kosten für Schule vorgesehen. Auf diesen Missstand haben bisher 28 Gemeinden in Deutschland reagiert und führten eine so genannte Schulbeihilfe ein“, klärt Jansen auf. „Gezielte Desinformation der Lübecker Bevölkerung wird sich DIE LINKE nicht gefallen lassen. Die Grünen haben zu dieser Thematik mehrfach öffentlich sachlich falsch argumentiert“, empört sich Antje Jansen.

Hanseatischer Schildbürgerstreich

Vier Rückenlehnen für 14.600 Euro

Am 10. Juli 2008 wurden in der Lübecker Obertrave vier Parkbänke aufgerüstet. Sie erhielten Rückenlehnen. Dafür genehmigte die Lübecker Verwaltung Sonderausgaben in Höhe von 14.600 Euro. Kurz nach Bekanntwerden dieser Information meldeten sich diverse Lübsche Tischler öffentlich zu Wort und beklagten die unrealistischen Kosten dieser Aktion. Die Lübecker Bürger können den Vorgang nicht nachvollziehen und erwarten Aufklärung.

DIE LINKE in der Lübecker Bürgerschaft kann sich dem nur anschließen. Kosten von weit über 3000 Euro pro Parkbank

seien absurd und mit dem gesunden Menschenverstand nicht mehr vereinbar, so Antje Jansen, Fraktionsvorsitzende und Landessprecherin der LINKEN. Die Genehmigung der hohen Kosten sei durch die Verwaltung erfolgt und nicht durch die Bürgerschaft, stellt Jansen klar. "Sicher kann nicht jede Kleinigkeit in der Bürgerschaft entschieden werden. Aber gerade deshalb muß man sich auf gesunden Menschenverstand innerhalb der Verwaltung verlassen können, der war hier offenbar ausgeschaltet", so Jansen.

"In einer Zeit in der in Lübeck Sozialkürzungen in großen Ausmaßen durch-

gezogen werden, in der die Stadt sich vieler sozialer Aufgaben entledigen will, wird auf diese schildbürgerhaftige Art Geld verschwendet. Die Bevölkerung ist zu Recht verärgert. Aktionen wie diese tragen sehr viel mehr zur Politikverdrossenheit bei, als viele Politiker glauben", befürchtet Jansen. DIE LINKE, die seit Juni als drittstärkste Fraktion in der Lübecker Bürgerschaft vertreten ist, wird den Vorgang in der Bürgerschaftssitzung nach der Sommerpause auf die Tagesordnung bringen.

- Beide Artikel (leicht gekürzt):
Homepage Kreis Luebeck, 8.8.08

Danke Irland! - Für ein friedliches und soziales Europa

Die Landesarbeitsgemeinschaft EU-, Außen- und Sicherheitspolitik der Partei DIE LINKE Schleswig-Holstein unterstützt die Entscheidung der irischen Bevölkerung, den Vertrag von Lissabon in seiner jetzigen Fassung abzulehnen.

Unsere Hochachtung gilt der irischen Regierung, die ihren Bürgerinnen und Bürgern mit dem Referendum die ihnen zustehenden demokratischen Rechte gewährte. Damit handelte sie anders als alle anderen Staaten der Union, voran die BRD, die ihren Bürgerinnen und Bürgern dieses demokratische Recht verwehrten und sie somit entmündigten!

Die Verzögerung der Herausgabe einer konsolidierten Printausgabe des Vertrags von Lissabon, die Verweigerung einer umfassenden Aufklärung seitens der Regierenden diene nur dem einen Zweck, die Bevölkerung über den wahren Inhalt des Vertrages im Unklaren zu lassen. Das irische Volk hat nicht gegen Europa gestimmt, nur gegen ein menschenverachtendes Vertragswerk, gegen ein Europa der Konzerne und Banken.

Dem mutigen NO der irischen Bevölkerung haben wir es zu verdanken, dass der Vertrag von Lissabon erneut auf den Prüfstand kommen kann. Dazu bedarf es aller demokratischen Kräfte Europas!

Stoppt die verfassungswidrigen Ratifizierungen, sagt Merkel & Co.

- NEIN! Stoppt die Militarisierung der EU wie in Artikel 28 und...festgeschrieben, fordert eine umfassende Aufklärung über das Vertragswerk seitens der Regierenden, nehmt die Politiker in die Pflicht!

- Stoppt das Aufrüsten per Gesetz, verhindert ein so genanntes Kerneuropa (Staaten der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit, Artikel 28 a Absatz 6, Protokoll über die Ständige...), es eint Europa nicht, es macht es zu einer Zweiklassen Union!

- Stoppt das Aushebeln des Europäischen Parlaments in Fragen von Krieg und Frieden, Einsatz der Streitkräfte etc. Stoppt den Krieg als Mittel der Außenpolitik! Europäische Interessen liegen in Europa nicht am Hindukush oder sonst irgendwo!

- NEIN zu einem Europa der sozialen Ungleichheit!

- NEIN zu einem Europa der Militarisierung, Aufrüstung, und

- NEIN zu einen damit verbundenen Sozialabbau!

- JA zu einem Europa der sozialen Gerechtigkeit! JA zu einem Europa auf gleich hohem Niveau des Lebensstandards! JA zu einem friedlichen, geeinten Europa! JA zur Demokratie! JA zu verbindlichen Volksentscheiden, u.a. über die Verfassung! JA zum politischen Streik!

- Für die LAG: Schura Bringmann

"Mehr Geld für Bildung und Wissenschaft, die allen Menschen nützen!"

Universitätsrat kritisiert Unterfinanzierung der Universitäten / Empfehlungen des Universitätsrates sind nicht Teil der Lösung, sondern des Problems

Am 8. August hat der Universitätsrat für Universitäten Lübeck, Kiel und Flensburg eine Stellungnahme mit dem Titel "Perspektiven schaffen" verabschiedet. Darin kritisiert er die neuen Ziel- und Leistungsvereinbarungen des Landes Schleswig-Holstein mit den drei Universitäten: Die Hochschulen seien massiv unterfinanziert, es gebe unterdurchschnittlich wenig Schulabgänger mit Hochschulreife sowie Studienanfänger. Notwendig sei die Aufstockung der Landesmittel für die Universitäten.

Lorenz Gösta Beutin, Landessprecher der LINKEN in Schleswig-Holstein: "Die Stellungnahme des Universitätsrates macht erneut die Misere des Bildungssystems in Schleswig-Holstein deutlich: Die Große Koalition hat hier in allen Bereichen versagt."

DIE LINKE kritisiert allerdings die Empfehlungen des Universitätsrates. Beutin: "In der Stellungnahme ist selten die Rede von den Bedürfnissen der Studierenden. Vielmehr geht es um ‚Exzellenz‘ und ‚Wettbewerb‘. Die grundlegende Ökonomisierung des Denkens wird deutlich, wenn von der Wirtschaft als ‚Abnehmerin von Absolventen‘ die Rede ist, als handele es sich bei Studierenden lediglich um zu handelnde Wirtschaftsgüter."

Im Einzelnen empfiehlt der Universitätsrat Prioritätenentscheidungen zugunsten der "Exzellenz"; spricht: Bereiche, die nicht der Elitenbildung dienen, sollen ausgedünnt werden. Die Wirtschaft und private Investoren müssten stärker in die Planungen einbezogen werden. Zudem sei bedauerlich, dass in Schleswig-Holstein keine Studiengebühren erhoben werden. Der neue Wirtschafts- und Wissenschaftsminister Marnette begrüßte in der Tradition seines Amtsvorgängers die Forderung nach Einführung von Studiengebühren.

Beutin: "Die Empfehlungen des Universitätsrates sind nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems, genau wie die Institution ‚Universitätsrat‘ selbst. Hier geht es um reine Verwertungs- und Profitorientierung." Der Universitätsrat war im Zuge der "Reformen" an den Hochschulen in Schleswig-Holstein installiert worden. In ihm sitzen Professoren und Wirtschaftsvertreter, jedoch keine Vertreter anderer universitärer Statusgruppen und keiner anderen gesellschaftlichen Bereiche.

DIE LINKE fordert, die Mittel für Bildung aufzustocken. Geld dazu sei genug vorhanden, wenn man etwa auf teure Prestigeprojekte wie die Fehmarnbelt-Querung verzichte und die steigenden Steuereinnahmen zugunsten von Bildungs- und Sozialausgaben umschichte. Zudem setzt sich DIE LINKE für eine Demokratisierung und Reformierung des Hochschulwesens ein, um die neoliberalen "Reformen" der letzten Zeit zurückzudrängen. Zentrale Voraussetzung dafür sei die Verankerung des Verbotes von Studiengebühren in der Landesverfassung. Auch müsse die Verschulung der Studiengänge rückgängig gemacht werden. Der Universitätsrat müsse mit stimmberechtigten VertreterInnen aus allen universitären Statusgruppen sowie mit ExpertInnen aus allen gesellschaftlichen Bereichen besetzt werden. Beutin: "Die Universitäten brauchen mehr Geld. Entscheidend bleibt aber, wofür dieses ausgegeben wird: Wir wollen keine Universitäten, die zu Zulieferbetrieben für die Wirtschaft degradiert werden. Wir wollen demokratische und für alle Menschen nützliche Bildung und Wissenschaft!"

- DIE LINKE. Schleswig-Holstein, Pressedienst, 14. Juli 2008

Kreis Stormarn

„Begriffklärung“ in Bad Oldesloe

Der Kreisverband Stormarn hatte zu einer Veranstaltung am 22. Juni in den Rathaussaal in Bad Oldesloe eingeladen.

Der Hintergrund dafür war, dass bei Diskussionen oft Ausdrücke und Begriffe verwendet werden, die von den Anwesenden individuell ausgelegt werden. Um Missverständnissen vorzubeugen, hat sich der Kreisvorstand in Stormarn dafür entschieden, eine Veranstaltung zu den Begriffen Sozialismus/Kommunismus und Demokratie/Menschenrechte durchzuführen.

Dieser Bericht beinhaltet lediglich das, was ich aus den Vorträgen mitgenommen habe und muss nicht mit der Intention der Referenden übereinstimmen. Mit ca. 15 Interessierten war die Veranstaltung mäßig besucht.

- Martina Bornstein

Begonnen hat Ralf mit der Herleitung von **Sozialismus/Kommunismus**. Er hat gleich zu Beginn deutlich gemacht, dass er sich an Marx/Engels hält, da sie bis heute zwar kritisiert werden, aber nicht widerlegt werden konnten.

Um den Sozialismus verstehen zu können, ist es notwendig, erst einmal unser heutiges Wirtschaftssystem, den Kapitalismus zu analysieren. Am Anfang steht die Ware. Sie hat zwei Charaktere:

1. den Gebrauchswert, das heißt, wozu ist diese Ware nützlich? Was kann ich damit machen?

2. den Tauschwert, das heißt, gegen wie viel kann ich sie tauschen? Was kostet sie?

Eine Ware ist genau soviel wert, wie sie an Arbeitszeit kostet, da sie sich ja nicht von allein herstellt, sondern von Menschen produziert werden muss. Wie kommt es aber, dass der Arbeiter sein Leben lang nicht reicher wird, der Besitzer der Produktionsmittel aber schon? Der Unterschied ist in der Ware Arbeitskraft begründet. Der Arbeiter verkauft sie als Ware zu eben dem Preis an den Fabrikanten, wie ihre Herstellung (Lebensmittel, Miete, Kinderaufzucht etc) gekostet hat. Der Unternehmer wendet sie in seinem Betrieb an. Da der Arbeiter aber mehr „Wert“ mit seiner Arbeitskraft produziert, als sie kostet, bleibt der Mehrwert über, den sich der Fabrikant, nach Abzug seiner Vorauslagen, als seinen Profit in die eigene Tasche steckt.

Von den Anfängen des Kapitalismus, als dieser durch bürgerliche Revolutionen die Feudalherrschaft abgelöst hat, bis heute, wo wir uns im Spätkapitalismus befinden, und weltweiter Handel sich durchgesetzt hat, gilt dieses Verhältnis von Arbeiter und Fabrikant noch immer.

Laut Marx/Engels gibt es deshalb **zwei Hauptklassen**:

Die eine, welche nichts weiter besitzt als ihre Arbeitskraft und die andere, welche die Produktionsmittel besitzt. Die Eigentümer der Produktion- und Lebensmittel bestimmen über die die Zusammenführung von Arbeiter und Maschine, ob eine Produktion stattfindet oder nicht. Und damit auch über den Mehrwert, den der Arbeiter produziert, als Quelle des Reichtums, und den der Unternehmer sich aneignet und besitzt. Da sich diese 2 Klassen mit ihren unterschiedlichen Interessen gegenüberstehen, wird eine Instanz gebraucht, die beide Klassen repräsentiert.

Das ist **der Staat**. Er tritt als neutral auf, da er aber den Kapitalismus als Wirtschaftsform nicht in Frage stellt, muss er zwangsläufig die Interessen des Kapitals vertreten. So ist jeder, der den Kapitalismus in Frage stellt, oder auch nur geringfügige Änderungen, wie z.B. eine „Umverteilung“ erreichen will, automatisch ein Staatsfeind, da er ja die Voraussetzung des gegebenen Staates, nämlich das Kapitalverhältnis, in Zweifel zieht. Potenziell ein Fall für den Verfassungsschutz.

Sozialismus und Kommunismus sind von Marx/Engels als Synonyme verstanden worden. Kommunismus ist nicht als Zu-

stand zu verstehen, sondern als eine Bewegung, die den jetzigen Zustand aufhebt. Ziel dieser Bewegung ist die klassenlose, also die kommunistische Gesellschaft.

Zur Zeit des **Kommunistischen Manifests**, also um 1847 – 1850 herum, bezeichneten sich, lt. Marx, Intellektuelle und Andere mit teilweise utopischen Ideen als Sozialisten. Als Kommunisten bezeichneten sich eher Leute, die im Arbeitsprozess standen. Deshalb hat er sein Manifest „Kommunistisch“ und nicht „Sozialistisch“ genannt, um seine Parteilichkeit deutlich zu machen.

Im Kommunismus wird die Ware und das Geld ersetzt durch das Arbeitsprodukt und die Arbeitszeit. Die Arbeiter entscheiden selbstständig, was sie herstellen wollen, und ihre Arbeitszeit wird, wegen der hohen Produktivität (dem Kapitalismus sei Dank), gering sein. **Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen**. Damit kein Mangel herrscht, wird auf Vorrat produziert, denn der Überfluss soll verwaltet werden, nicht der Mangel. Es gibt keinen Staat sondern eine freie Assoziation der Produzenten, die alle Produkte zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse herstellen, bzw. den Produktionsprozess steuern und die Sachen verwalten. **Comunis=gemeinsam**. Das Leben der Menschen wird nicht mehr so sein, dass jeder für sich, gegen andere kämpfen muss, sondern alle leben gemeinsam zusammen, um ihre individuellen Bedürfnisse, und damit die Aller, auf höchstem Niveau zu befriedigen.

Natürlich stellt sich die Frage nach dem **Übergang von der kapitalistischen zur sozialistischen bzw. kommunistischen Gesellschaft**. Das Verhalten des Staates dabei ist nur ein Aspekt. Greift er ins Privateigentum zugunsten der Arbeiter und Angestellten ein, beschränkt er die Freiheit der Wirtschaft. Denn unterstützt er durch legislative und exekutive Maßnahmen die Möglichkeiten der Arbeiter über das „Was“ und „Wie“ der Produktion bzw. Verteilung selbst oder mitzubestimmen, wird der Aufschrei der Unternehmer und ihrer Medien diese Maßnahmen als totalitär bzw. diktatorisch verdammen. Als einen Schritt dahin hat Lafontaine auf dem letzten Bundesparteitag vorgeschlagen, nach jedem Produktionszyklus die Hälfte des hinzugekommenen Neuwerts den Arbeitern zu übertragen. Die Arbeiter bestimmen mit, was und wie in den Betrieben produziert wird.

Marx bezeichnete das als **„Diktatur des Proletariats“**. Dehnt man demokratische Prozesse aufs Privateigentum an Produktionsmitteln aus, können die ökonomisch Herrschenden in ihren Betrieben die Macht verlieren. Was für die Einen Erweiterung ihrer Entscheidungsbefugnisse ist, ist für die Anderen Eingriff in ihr Eigentum und Diktat über ihre „unternehmerische Freiheit“. Insofern ist die demokratische Republik nicht die Aufhebung der Klassengesellschaft, sondern der Boden auf dem sie ausgefochten und die klassenlose Gesellschaft vorbereitet wird.



"Kein Dialog mit Nazis"

Am 28.6.08 protestierten ca. 30 Menschen auf einer Kundgebung der "Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten" (VVN-BdA) vor Beginn der lauenburgischen Kreistagssitzung in Ratzeburg gegen den Einzug des Kreistagsabgeordneten der NPD, Kay Oelke. "Kein Dialog mit Nationalsozialisten, sondern Aufklärung und Demaskierung". - siehe Bild)

Die Partei DIE LINKE ist der Meinung, dass der Einzug der NPD in den Kreistag ein Warnsignal für alle demokratischen Parteien sein muss und ein gemeinsames Vorgehen gegen rechts notwendig ist. ... Faschismus ist keine Meinung sondern ein Verbrechen!

- Homepage, Krs Lauenburg, 15.7.08.

Nach der Mittagspause erläuterte **Wolfgang Bewutin** die Begriffe **Demokratie und Menschenrechte**. Im Anschluss an Ralf Idens Referat ging er auf die geschichtliche Entwicklung der Demokratie ein.

Aus dem **Naturrecht** (alle Menschen sollten ungeachtet ihres sozialen Status gleich sein) wurde in der Antike in **Griechenland** nach heftigem Ringen des vorherrschenden Adels und der Reichen mit den Nichtprivilegierten eine Idee entwickelt, die das gesamte Volk über die Geschicke des Landes mitbestimmen lassen sollte (demos=Volk, kratia=Herrschaft). Minderjährige, Frauen, Sklaven und Ausländer waren selbstverständlich ausgenommen. Die Idee der Demokratie wurde von den Philosophen Platon und seinem Schüler Aristoteles entwickelt. Aristoteles beschrieb die Freiheit Aller als wichtigsten Bestandteil der Demokratie. Insbesondere sah er die Gefahr, dass die Mehrheit, namentlich die Armen, über die Minderheit, namentlich die Reichen und der Adel, herrschen würde. So soll also abwechselnd regiert werden, Ämter sollen von Leuten aus allen gesellschaftlichen Schichten besetzt werden und sie sollen wechseln.

Auch im **Römischen Reich** gab es die Idee von der Gleichberechtigung bei der Regierungsbildung. Dort wurden Magistrate in den Senat gewählt, wobei nur gewählt werden konnte, der römischer Bürger oder Adliger war. Nach dem Untergang des Römischen Reiches war mit der Idee der Demokratie erst mal Schluss.

Bis ins **Mittelalter** hinein gab es weitgehend Monarchien oder Kleinstaaterei durch Fürstentümer, die sich die Macht mit der katholischen Kirche teilten. Als erstes Dokument, was gegenüber dem König Rechte einräumte, ist die Magna Charta. Der englische Adelige Johann Ohneland zu Runnymede hat durchgesetzt, dass den Adligen politische Rechte gegenüber dem König zugestanden wurden.

Erst nach dem **englischen Bürgerkrieg** (1642 -1649) als die Monarchie zeitweilig abgeschafft wurde und eine Republik gegründet wurde, formte sich die Demokratie neu durch den Parlamentarismus. Die „Bill of Rights“ (1689) bildeten die Grundrechte des britischen Parlaments. Ab dann konnte der König nicht mehr allein herrschen, sondern musste die Zustimmung z.B. zur Erhebung von Steuern, Unterhalt eines Heeres in Frie-

denzeiten und Folterei. Außerdem erhielten die Abgeordneten Rede-recht und mussten sich für ihr Tun nicht mehr vor dem König rechtfertigen. Man darf aber nicht denken, dass das Parlament eine Einheit gegenüber dem Monarchen gebildet hätte. Das Unterhaus wollte eine Gleichheit zwischen allen Menschen herstellen (mit Ausnahme der Frauen), die Sklaverei und die Leibeigenschaft abschaffen, während das Oberhaus eher Aristoteles folgte und die Demokratie als Bedrohung ihrer Privilegien ansah und befürchtete, dass dem „Pöbel“ an die Macht verholten werden sollte.

Jean-Jacques Rousseau, John Locke und Charles Montesquieu entwickelten die Gleichheit von Herrschern und Beherrschte, nämlich die Volkssouveränität und die Gewaltenteilung in Judikative, Legislative und Exekutive. In der

französischen Revolution, durch die die Feudalherrschaft in Frankreich beendet wurde, wurden die **Menschen- und Bürgerrechte** deklariert. Von der Antike in Griechenland bis heute sind in der Demokratie die Menschenrechte angelegt, im Grundsatz der Freiheit und Gleichheit. Zwar nicht für alle Menschen, aber doch rudimentär vorhanden. Im Verlauf der Geschichte wurden die Menschenrechte an vielen Orten der Welt mit Füßen getreten, bis heute. In der Antike war Sklavenhaltung, die Unterdrückung der Frauen gesellschaftlich anerkannt.

Im Mittelalter in Europa war die **katholische Kirche** im Bunde mit dem Adel ein Garant dafür, dass sich irgendwelche Neuerungen, oder liberale Denkweisen nicht durchsetzen konnten. Wer sich dagegen auflehnte, Rechte einfordern wollte oder gar die Kirche und ihre irdischen Vertreter kritisierte, war Ketzer oder Hexe und landete kurzerhand auf dem Scheiterhaufen. Da machte die Kirche auch nicht vor den wenigen Pfaffen in den eigenen Reihen halt. Trotzdem ging das Bestreben der Menschen dahin, solche Zustände nicht länger zu erdulden, so dass sich viele in die Mystik flüchteten. Als Beispiel der Sozialist und Anarchist Gustav Landauer, der Pfaffen und Priester ablehnte, dagegen Ketzer und Sektierer favorisiert. In der Mystik wird die Beherrschung des Menschen durch den Menschen abgelehnt. Alle sollen frei und individuell sein. Daraus folgt, dass die Mystiker auch von Verfolgung bedroht waren.

Im 30-jährigen Krieg, der ein Macht- und Religionskrieg war, wurden die Menschenrechte eher nicht beachtet. Katholiken und **Lutheraner** bekämpften sich um den rechten Glauben, dabei ging es auch immer um territoriale Macht der Fürsten. Dabei wurden ganze Landstriche entvölkert, und große Armut herrschte unter den Bauern. Das Fazit ist, dass die Menschenrechte gerne als höchstes Gut bezeichnet und deren Einhaltung sehr hoch gehängt wird. Sobald es aber um Macht und Einfluss geht, werden sie von den beteiligten Parteien ausgeklammert, deren Existenz nicht wahrgenommen, und werden lediglich als politisches Instrument genutzt, um etwas zu erreichen, bzw. etwas zu verhindern.

Nach beiden Vorträgen entspann sich eine rege Diskussion, die ich hier aber nicht wiedergeben möchte, weil das den Rahmen sprengen würde.

Einladung zu einem Tagesworkshop

am Samstag, dem 6. September 2008
von 11.00 Uhr bis 16.30 Uhr

in der Jugendherberge in Kiel, Johannesstraße 1,

Sicherung sozialer Standards durch linke Kommunalpolitik

Wir wollen nicht Abbau sondern Aufbau von guten Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst und in der staatlich geförderten Privatwirtschaft. Wir stehen gegen die Verdrängung sozialversicherungspflichtiger Jobs durch 1,- Euro-Jobs ein. Wir wollen nicht auf Kosten der Armen, Behinderten, alten Menschen und Kinder sparen, sondern deren Versorgung und gesellschaftliche Integration verbessern.

Darüber wollen wir diskutieren:

welche Erfahrungen wir aus Kreisen und Kommunen haben
was die Forderung anderer Parteien und des Staates sind
wie wir unsere LINKE Politik dem gegenüberstellen können
wo wir soziale Standards beeinflussen können

Landesarbeitsgemeinschaft Betrieb und Gewerkschaft

Anmeldung: bis 31.8.2008, LINKE Kiel, info@linke-sh.de
Jede/r Teilnehmer/in erhält einen Reader zu den Beiträgen
Kontakt: Meike Lüdemann, meike.luedemann@bahnhof-city.de

Stellungnahme des Landesrates:

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Kolleginnen und Kollegen.

"Info-Die Linke" ist ein Organ des Landesrates, also aller Kreisverbände und deren Mitglieder.

Diese Mitglieder haben ein Recht auf Information aus unserer Partei. Deshalb legen wir sehr viel Wert auf sachliche, informative und natürlich auch auf kritische Berichte. Keinen Wert hingegen legen wir auf Berichte, in denen Mitglieder persönlich und entwürdigend angegriffen werden.

Vermutungen und Unterstellungen sollten unterlassen werden. Das heißt nicht, dass es innerhalb unserer Partei keine Meinungsverschiedenheiten geben darf, oder dass wir nicht heftig über umstrittenen Themen diskutieren können. Dieses ist Merkmal unserer pluralistischen Zusammensetzung. Meinungsverschiedenheiten auf persönlicher Ebene auszutragen lehnen wir ab.

Wir fordern hiermit ein, sich gegenseitig mit Respekt zu begegnen und die Würde des anderen zu achten, denn das ist Grundlage unseres Miteinanders und unserer politischen Arbeit.

Mit solidarischen Grüßen

Das Präsidium des Landesrates

Stellungnahme des Landesvorstandes:

Liebe Mitglieder des Kreisverbandes Lübeck,
lieber Ragnar,

uns ist gestern das Schreiben des Amtsgerichts Lübeck zugegangen, u.a. mit dem Antrag des Kreisverbandes Lübeck, vertreten durch den Kreisvorsitzenden Ragnar Harald Lüttke, auf Erlass einer einstweiligen Verfügung. Wir möchten kurz dazu Stellung nehmen und bitten Euch um eine rasche Rückmeldung in diesem Fall:

Der zur Debatte stehende Artikel von Claus Samtleben aus der Info-Zeitung des Landesverbandes befindet sich in einem Organ, das der Landesrat herausgibt. Deshalb sind wir unseres Erachtens der falsche Ansprechpartner: Die presserechtliche und inhaltliche Verantwortung liegt nicht beim Landesvorstand. Als Landesvorstand sehen wir uns aber in der Verantwortung, die (Partei-)Öffentlichkeit zu informieren. Der Infobrief ist durch die Herausgabe durch den Landesrat ein Mitteilungsorgan für die Mitglieder und SympathisantInnen des Landesverbandes der LINKEN in Schleswig-Holstein. Unserem Auftrag sind wir mit der Veröffentlichung der Zeitung auf der Homepage des Landesverbandes nachgekommen.

Wir betonen, dass wir es für den falschen Weg halten, ohne Umweg die bürgerlichen Gerichte anzurufen. Eine parteiinterne Klärung über die Organe der Partei wäre unseres Erachtens der richtige Weg gewesen. Dazu wäre die Möglichkeit gewesen bei der Sitzung des Landesvorstands am 1. August. Auch die Schiedsgerichte der Partei hätten Ihr anrufen können.

Unserer Ansicht nach ist es aber nicht zielführend, uns in lange Rechtsauseinandersetzungen zu verstricken und die Gelder unserer Mitglieder auf diese Weise einzusetzen. In der politischen Arbeit können sie bessere Dienste leisten. Deshalb möchten wir Euch zur Güte den Vorschlag machen, dass Ihr eine sachliche Gegendarstellung auf der Homepage veröffentlichen könnt, an derselben Stelle, an der sich der beanstandete Artikel befindet. Auf der Sitzung des Landesvorstands am 1. August werden wir über diesen Sachverhalt sprechen. Hierzu seid Ihr selbstverständlich eingeladen.

(Der genannte Artikel wurde auf Beschluss des LaVo auf dieser Sitzung aus dem Internet entfernt, das Verfahren beim Amtsgericht eingestellt - Die Redaktion).

Mit freundlichen Grüßen

██████████ Lorenz Gösta Beutin
für den Landesvorstand der LINKEN, Schleswig-Holstein

INFO DIE LINKE.
SCHLESWIG-HOLSTEIN

Kiel, 14. August 2008

Online-Zeitung und Printausgabe

Herausgeber: DIE LINKE. SH, Landesrat, 241 03 Kiel, Willestraße 4-6, Tel: 04 31 - 73 77 01; eMail: info@dielinke-sh.info

Die Redaktion: Mitglieder: Edda und Karl-Helmut Lechner

Verantwortlich im Sinne des Presserechts (ViSdP): Edda Lechner

Kontakte: Edda Lechner, Tel: 040 - 522 35 67; eMail: Edda.Lechner@wt.net.de

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.